

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Reichsfinanzreform.

Das Deutsche Reich befindet sich finanziell in einer verzwickten Situation. Seit Jahren werden Schulden auf Schulden gehäuft, und statt auch nur den Versuch zu machen, die Ausgaben mit den Einnahmen einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, wird fortgesetzt das Mittel der Zuschußanleihen benutzt, um das Defizit des Reiches künstlich zu decken. Daneben werden die Einzelstaaten mit Matrikularbeiträgen belastet, obwohl auch sie sich in schwerer Finanzlemme befinden. Die Hauptschuld an diesen Zuständen tragen die unaufhörlichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die insbesondere seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Deutschen Kaisers mit wahrhaft unheimlichem Eifer betrieben werden. Welche Wirkung diese Kriegsrüstung auf die Finanzlage des Reiches ausübt, geht drastisch aus folgender Zusammenstellung hervor. Die Schulden des Deutschen Reiches betragen

1878	139	Millionen Mark
1889	884	"
1898	2182	"
1908	4400	"

Um dieser Schuldenwirtschaft zu Leibe zu gehen, hat die Budgetkommission des Reichstags in der letzten Session einen schönen Plan entworfen. Danach sollen Anleihen für verwerbende Anlagen vom siebenten Jahre an mit jährlich 2 Prozent getilgt werden; auf Anleihen für unproduktive Zwecke soll jährlich 3 1/2 Prozent und von den jetzt bestehenden Schulden jährlich 1 Prozent abgezahlt werden. Dieser Plan ist sehr hübsch, er hat nur den einen Fehler, daß er auf dem Papier stehen bleiben wird. Zu seiner Durchführung ist nämlich sehr viel Geld erforderlich, und wenn dieses beisammen ist, dann wird man vermutlich finden, daß es für den Bau von Kriegsschiffen und für ähnliche Zwecke besser angewendet ist als zur Tilgung von Schulden. Einstweilen wird aber dieser Schuldentilgungsplan dazu dienen, die Notwendigkeit der Bewilligung weiterer Steuern zu beweisen. Natürlich bedarf das Reich neuer Einnahmen nicht nur zur Deckung von Schulden, sondern auch zur Erfüllung anderer unaufschiebbarer Aufgaben, und der Gesamtbedarf, der durch neue Steuern aufgebracht werden soll, wird auf mindestens 400 Millionen angegeben, nach anderen Meldungen soll die Summe, die im nächsten Winter angefordert werden wird, sogar etwa 500 Millionen Mark betragen.

Das sind ganz ungeheure Beträge, und das deutsche Volk hat um so mehr Ursache, besorgt in die Zukunft zu blicken, als die Absicht besteht, diese Summen auf dem Wege der indirekten Besteuerung zu erheben, wobei die Schultern der Reichen geschont und die Lasten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Die neuen Steuerpläne sind fertig; der Reichsschatzsekretär hat seinen Entwurf den Regierungen der Bundesstaaten zugesandt, ihnen aber streng anbefohlen, reinen Mund darüber zu halten. Auch der Kaiser hat jüngst bei dem Feste eines Sportvereins in Hamburg eine Rede gehalten, in welcher er ankündigte, daß die Steuerpläne fertig seien. Der Inhalt der Pläne, erklärte er, müsse noch Geheimnis bleiben, doch wolle er mitteilen, daß vielleicht eine Junggesellensteuer zum Vorschein komme. Die Sportsportgenossen, welche die Rede anhörten, haben diese Stelle mit großer Heiterkeit aufgenommen; in Wirklichkeit ist auch wohl anzunehmen, daß es sich bei dieser Ankündigung nur um einen Scherz handelte. Der weitere Hinweis des Kaisers darauf, daß das hamburgische Blut in den Adern des Reichskanzlers Garantie dafür biete, daß die Reichsfinanzreform rationell, gesund und für das Reich zweckdienlich sein werde, wird aber im Reich durchaus nicht den freudigen Widerhall finden, den der Redner erwartete. Der hamburgische Großbourgeoisie mag schließlich der Name Bülow Sicherheit dafür bieten, daß ihre Geldschranke bei der Finanzreform geschont werden, dagegen muß sich die arbeitende Bevölkerung darauf gefaßt machen, daß sie die Hauptkosten der Steuerreform zu tragen haben wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Hauptstücke in dem Steuerprogramm Tabak, Bier und Branntwein sein werden; die Genußmittel des armen Mannes, aus welchen das Reich seither schon bedeutende Summen zieht. Ob eine weitere Erhöhung der Brausteuer möglich sein wird, nachdem diese erst vor zwei Jahren eine starke Steigerung erfahren hat, ist zweifelhaft; man wird es aber wohl trotzdem versuchen. Als sicher aber kann angenommen werden, daß ein sehr erheblicher Teil der angeforderten Summen aus dem Tabak gezogen werden soll. Daß mit einer Erhöhung der Tabaksteuer eine erhebliche Verteuerung der Tabakfabrikate eintreten würde, ist an sich schon schlimm genug; die Wirkung würde aber eine viel weitgehendere sein. Die Preissteige-

rung wird notwendig eine Verminderung des Konsums und in weiterer Folge einen schweren Schlag für die gesamte Tabakindustrie zur Folge haben. Tausenden von Tabakarbeitern wird dadurch die Existenzmöglichkeit genommen.

Zur Erhöhung der Reichseinnahmen aus dem Branntwein wird die Einführung eines Spiritusverkaufsmonopols geplant. Bei der Durchführung dieses Planes ist es leicht, die ganze Steuerlast auf die Konsumenten abzuwälzen, während den junkerlichen Schnapsbrennern mit der Sicherung des Absatzes auch noch eine Erhöhung des Profits in Aussicht steht. Bei der Begründung dieser Vorlage werden wir zweifellos die moralisierenden Redensarten von der Alkoholgefahr zu hören bekommen, welche durch die Erhöhung des Schnapspreises bekämpft werden soll; es bedarf aber nur eines geringen Nachdenkens, um darüber klar zu werden, daß auf diesem Wege eine wirksame Antialkoholpropaganda nicht getrieben werden kann. Bei der Reform der Branntweinsteuer wäre übrigens eine geeignete Gelegenheit, die Liqueursteuer zu beseitigen, durch welche den Junkern circa 60 Millionen Mark jährlich in die Tasche gejagt werden. Obwohl das Reich diese 60 Millionen notwendig brauchen könnte, wird die zarte Rücksichtnahme auf die Ostelbier doch bewirken, daß auf diese Summe Verzicht geleistet wird.

Von den sonstigen Steuerplänen ist noch die Steuer auf Gas und Elektrizität zu erwähnen. Um diese schmachtig zu machen, wird auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, die darin liegt, daß durch den Petroleumzoll das Licht des armen Mannes versteuert wird, während die Wohlhabenden, die Gas- und elektrisches Licht benötigen, ihre Lichtquelle nicht versteuern brauchen. Das Wohlwollen für den armen Mann, das aus dieser Argumentation herausleuchtet, ist wahrhaft rührend. Der allein richtige Schluss aus dieser Gegenüberstellung wäre aber die Beseitigung des Petroleumzolls, an welche man jedoch selbstverständlich nicht denkt. Ob übrigens die Reichsregierung die Elektrizitätssteuer wird durchdrücken können, ist angesichts des Widerstandes, der diesem Plan von Bayern entgegengesetzt wird, noch zweifelhaft. Dort geht man eben daran, die vorhandenen Wasserkraft zur Gewinnung elektrischer Energie zu verwenden; ein Plan, der von großer wirtschaftlicher Bedeutung für das ganze Land ist, der aber durch eine Elektrizitätssteuer empfindlich gestört würde.

Es erübrigt sich, hier auf all die einzelnen Steuerprojekte näher einzugehen; das wird noch geschehen, wenn die Regierung mit ihren Plänen an die Öffentlichkeit getreten ist. Die angebotenen Steuerobjekte zeigen zur Genüge, aus welchen Quellen die ungeheuren Summen genommen werden sollen, mit welchen die Unpoesie gekostet wird. Charakteristisch für die Ungerechtigkeit, mit welcher die öffentlichen Lasten auf die Schultern der Armen abgewälzt werden, ist auch der Umstand, daß beabsichtigt wird, die Fahrkartensteuer in der ersten und zweiten Eisenbahnklasse zu ermäßigen, dafür aber die vierte Klasse, die jetzt noch steuerfrei ist, zur Steuer heranzuziehen.

So wenig Positives über die Steuerpläne der Regierung im einzelnen bisher bekannt geworden ist, so steht doch das eine fest, an die Einführung einer direkten Reichseinkommensteuer ist nicht zu denken. Zum 29. Juni hat sich der Staatssekretär Sydow die Finanzminister der Einzelstaaten zu einer Besprechung über die Reichsfinanzreform nach Berlin geladen, und diese Konferenz sprach sich gegen die Einführung einer direkten Reichseinkommensteuer aus. Das ist ganz natürlich, denn eine solche Steuer würde dem bei uns heilig gehaltenen Grundsatz widersprechen, daß mit der Heranziehung der bestehenden Klassen zur Steuerleistung sehr vorsichtig verfahren werden muß, da andernfalls deren Patriotismus in Gefahr geraten würde.

Die Finanzreform des Jahres 1908 wird also einen neuen Beutezug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung bedeuten, gegen welchen wir auf das energischste zu protestieren haben. Auch die Arbeitererschaft hat ein Interesse an der Gesundung der Reichsfinanzen; wir müssen aber verlangen, daß das Übel an der Wurzel angefaßt wird. Der Regierung muß klar gemacht werden, daß das Finanzwerfen von ungezählten Millionen für Rüstungszwecke ein Verbrechen am Volkswohl bedeutet. Mit dem Geschwätz der Regierungsvertreter von der Absicht, Ersparnisse einzutreten zu lassen, ist dem Volke um so weniger gedient, als solchen Versprechungen Neuforderungen auf dem Fuße folgten. Dann aber muß entschieden verlangt werden, daß mit dem System der indirekten Steuern gebrochen wird. Die Haupteinnahmequelle des Reiches muß eine progressive Einkommensteuer sein, welche es allein ermöglicht, die Besitzenden in angemessener Weise zu den Lasten des Reiches heranzuziehen. Wenn angesichts einer solchen Besteuerung der

Bewilligungseifer der Besitzenden nachläßt, so wäre das im Interesse des gesamten Volkes nur lebhaft zu begrüßen. Leider läßt die Zusammensetzung der Volksvertretung nicht erwarten, daß unser ungerechtes Steuersystem so bald beseitigt wird, aber vielleicht hat die bevorstehende energische Anziehung der Steuerschraube die Wirkung, daß auch den Schläfern endlich die Augen aufgehen.

## Zur Wirtschaftslage.

L. Der moderne Lohnarbeiter ist in seinem persönlichen Wohlbefinden und in seiner Existenzsicherheit nicht mehr von persönlichen Faktoren, wie Fleiß und Geschicklichkeit, sondern von sozialen Momenten, wie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, abhängig. Was dem Gesellen der „guten alten Zeit“ seine Leistungsfähigkeit und seine moralischen Qualitäten waren, sind dem Lohnarbeiter der Jetztzeit die Zustände im Wirtschaftsleben. Der moderne Prozeß der Gütererzeugung, die Produktion ist zum Handelsgeschäft geworden: Ankauf des Rohmaterials und der Arbeitskräfte, Verkauf des Produktes, Entleihen des Geldes zum Ankauf und Beileihen der über die verkaufte Ware ausgestellten Schuldscheine — kurz, Gütererzeugung ist heute nicht nur Arbeit von Mensch und Naturkraft, sondern eine Geschäftsvorbereitung zwischen Warenmarkt, Geldmarkt und Arbeitsmarkt. — Ein jeder Lohnarbeiter ist nur dann fähig, Güter zu produzieren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes ihm Beschäftigung garantiert, und er ist nur dann fähig, als organisierte Gesamtheit die Arbeitsbedingungen zu diktieren, wenn eine starke Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt seinen Preis steigen läßt. Der Lohnarbeiter ist also sowohl als Einzelperson als auch als Gewerkschafter intensiv an der Gestaltung des Arbeitsmarktes interessiert.

Der Arbeitsmarkt ist für den Proletarier günstig, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften größer ist als das Angebot solcher, und er ist im entgegengesetzten Falle als ungünstig zu bezeichnen. Der Ware Arbeitskraft geht es in unserer kapitalistischen Gesellschaft wie jedem toten Gute — ihr Wert schwankt um das Erzeugungsminimum (in diesem Falle die Ernährung), und ihr Preis bestimmt sich nach Angebot und Nachfrage. Im gegenwärtigen Moment, dem Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Depression, ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt derart, daß viel mehr Arbeitsuchende als offene Stellen zu verzeichnen sind, und zwar ist das Verhältnis im Deutschen Reich wie 2 Stellen zu 3 Reflektanten. Speziell in der Holzindustrie ist der Arbeitsmarkt recht ungünstig zu nennen. Die Zahl der bei sämtlichen Arbeitsnachweisen (Unternehmer, Arbeiter, Kommunen und Vereine) eingeschriebenen Stellersuchenden der Holzbranche betrug im Monat April dieses Jahres 13797. Nun ist diese Zahl etwas zu hoch, da es oft vorkommt, daß Stellersuchende im Laufe des Monats mehrere Arbeitsnachweise auffuchen, die also mehrfach gezählt werden, wenn auch die Statistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes die Passanten ausscheidet. Diesen 13797 Reflektanten standen im gleichen Monat 7281 offene Stellen zur Verfügung, das sind 192 Stellersuchende auf je 100 Stellen. Entsprechend dieser geringen Nachfrage wird es dem einzelnen Unternehmer recht leicht, Arbeitskräfte zu finden, und wir finden auch, daß von den 7281 offenen Stellen der Holzbearbeitungsbranche 6427 besetzt wurden. Das ist eine traurige Tatsache, sie zeugt von einer großen Bereitwilligkeit der beschäftigungslosen Holzarbeiter, den ersten besten Meister zu nehmen. Diese größere Gefügigkeit erschwert die Einhaltung von Sperrn und unterbricht jenen langsam vor sich gehenden Prozeß der Abwanderung der tüchtigsten Arbeitskräfte in die Betriebe mit besten Arbeitsbedingungen — ein Prozeß, der ebensoviel zur Verbesserung der Lage der Arbeitererschaft beiträgt wie mancher Streik. Doch die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes zwingt nicht nur die Stellenlosen dazu, die Arbeit unter erschwerenden Bedingungen anzunehmen — nichts anderes bedeutet das 90 Prozent der Stellen besetzt —, diese Situation erschwert auch die Position der Beschäftigten. Der hohe Prozentsatz Arbeitsloser bedeutet nicht nur eine Belastung der Organisation, die Masse der Stellenlosen droht auch die Unternehmer dazu zu verleiten, an Stelle der gutbezahlten bisherigen Leute schlechtbezahlte Hungerlöhner einzustellen. Wie groß diese Gefahr für die Beschäftigten ist, zeigt die Tatsache, daß im Monat Mai dieses Jahres 4,89 Prozent der organisierten Holzarbeiter Deutschlands auf dem Pflaster lagen; — im gleichen Monat des Jahres 1907 waren es 1,87 Prozent und des Jahres 1906 nur 1,48 Prozent. Dabei ist der Monat Mai erfahrungsgemäß der Monat mit der besten Beschäftigung — das Baugewerbe und die Säge-



mählen in Betrieb, die Möbelindustrie von der Agonie nach Weihnachten erholt; kurz, wir sind es gewöhnt, im Mai monat die besten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu konstatieren. Im Mai 1907 waren im Deutschen Holzarbeiterverband um 19 Prozent weniger Mitglieder arbeitslos als im April und um 35 Prozent weniger als im Januar des gleichen Jahres. In diesem Jahre aber hat die Arbeitslosigkeit seit dem Januar um ganze 7,2 Prozent und seit dem April um ganze 5 Prozent abgenommen. Die Zahl der Arbeitslosen unter den Verbandsmitgliedern ist also dieses Jahr nicht nur absolut größer als im Vorjahr, auch die gewöhnliche Erleichterung des Arbeitsmarktes ist dieses Jahr ausgeblieben. Das Mißverhältnis zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen zwingt die Stellenlosen, auf manche Annehmlichkeit der neuesten Gewerkschaftserfolge zu verzichten, und die große Zahl der Stellenlosen gefährdet die soziale Position der noch nicht betroffenen Kollegen. Die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt gefährdet die wirtschaftliche Lage des einzelnen und die Position der organisierten Gesamtheit.

Es wäre müßiges Lamentieren, wenn wir uns damit begnügen würden, die Tatsache des schlechten Arbeitsmarktes zu konstatieren und die Folgen für die Arbeiterschaft zu beklagen. Wir müssen den Gründen dieser Erscheinung nachspüren, denn nur bei deren Kenntnis sind wir imstande, Dauer und Umfang derselben vorausszusehen. Wir haben schon oben gesagt, daß das moderne Wirtschaftsleben eine Wechselwirkung zwischen Warenmarkt, Geldmarkt und Arbeitsmarkt darstellt. Wenn wir also auf dem Arbeitsmarkt eine anormale Erscheinung konstatieren, so muß ihr Grund wohl auf den anderen Gebieten des Wirtschaftslebens liegen.

Der Warenmarkt beeinflusst die Nachfrage nach Arbeitskräften in zweierlei Weise. Besteht ein großer Warenbedarf, so wird die Erzeugung derselben profitabel, und dementsprechend vergrößert jeder Betrieb seine Produktion. Infolge dieser verstärkten Nachfrage steigt auch der Preis der Waren, denn der Preis einer Ware steht in umgekehrtem Verhältnis zum Angebot; — steigende Produktpreise machen es aber den Unternehmern möglich, höhere Löhne zu zahlen. Wenn momentan in der deutschen Holzindustrie eine geringe Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht, so ist das die Folge des Umstandes, daß die Nachfrage nach Holzwaren gesunken ist und mit den sinkenden Preisen derselben auch die Rentabilität ihrer Erzeugung nachläßt. Von den Produkten der Holzindustrie sind es in erster Linie die Möbel und die Spielwaren, deren Bedarf beträchtlich zurückgehen kann. Der Lohn des Industriearbeiters, der Entlohnung des Bauern nach Bezahlung der Hypothekenzinsen sind nämlich in der ganzen kapitalistischen Welt kleiner als der Wert der von ihnen geleisteten Arbeit. Die Gütermenge, die jahraus jahrein erzeugt wird, ist bedeutend größer als diejenige, die sich die arbeitende Menschheit mit dem Geldertrag ihrer Arbeit kaufen kann. Da die untätige Herrschaft numerisch zu schwach ist, um diese Differenz selbst zu konsumieren, entsteht eine Menge unverbrauchter Güter — eine sogenannte Überproduktion. Die arbeitenden Volksmassen der Welt können nicht soviel Holzwaren verbrauchen, wieviel sie erzeugt haben, nicht etwa, weil dies nicht möglich wäre — Millionen von Proletarier haben kein richtiges Mobiliar —, sondern weil sie nicht das Geld haben, sich solches anzuschaffen. Die Kapitalisten können nicht alle überflüssige Fabrikware in ihre kleinen Salons aufstellen, und die Ware sammelt sich an. Je teurer die Erzeugnisse einer Branche sind, und je weiter der Zeitpunkt der Neuanschaffung hinausgeschoben werden kann, desto größer ist die Gefahr der Lagerbildung. So sehen wir bei den wichtigsten Nahrungsmitteln nur selten eine Überproduktion, sie sind nahezu unentbehrlich. Schon Kleiderstücke können bei Geldmangel seltener angeschafft werden, und gar erp. Möbel und andere Holzwaren — diese können bei mäßigen Umständen anormal lang benutzt werden. Freilich kann der Bedarf an diesen Gebrauchsartikeln nicht auf den Nullpunkt hinabsinken, ein gewisser Minimalbedarf ist fast immer zu konstatieren. Jetzt haben wir also wieder einmal einen Zeitpunkt, an welchem die unverkauften Lager die Preise derart senken, daß die Produktion gewisser Möbel- und Holzwaren, besonders der Fabrikartikel derart schlecht rentiert, daß die Erzeugung langsam dem Minimum zuschreitet. Wann ist diese Depression zu Ende? Mit dem Moment, wenn die allwärts angesammelten Lager gelichtet sind, und dies wird der Fall sein, wenn die Proletarier, die nicht genügend Geld haben, neue Möbel zu kaufen, solche anschaffen können, wenn diese billig werden. Die Minderentlohnung des arbeitenden Volkes der ganzen Welt führt zum Unterkonsum und damit zur Überproduktion. Die Massenlager führen zum Preissturz. Dieser Preissturz hat zwei Folgen: die eine ist die Verheerung des Arbeitsmarktes durch ein Minderangebot offener Stellen, da die Rentabilität durch Preisfälligkeit oftmals illusorisch wird. Die zweite Folge ist die Belebung des Konsums durch Verbilligung der Waren. Ein Studium des Warenmarktes zeigt uns also, daß die Verschlechterung des Arbeitsmarktes der Holzindustrie kein zufälliges Ereignis ist, sondern die wirtschaftsgesetzliche Konsequenz der Tatsache der Minderentlohnung des Möbel konsumierenden Proletariats aller Branchen ist. Gleichzeitig sehen wir auch, daß in der gleichen Erscheinung auch der Keim der Wiederbelebung liegt — eine Wiederbelebung freilich, die infolge der Profitgier des Kapitals schon wieder den Todeskeim in der Brust trägt.

Um einer bestehenden Nachfrage auf dem Warenmarkt gerecht zu werden und Arbeitskräfte zu mieten, muß sich der Unternehmer an den Geldmarkt wenden. Er muß sich Geld leihen, wenn er seinen Betrieb über das Grundkapital ausdehnen will — die Bedingung zum Ausnützen des guten Geschäftsganges. Er muß sich Geld leihen, wenn er seine

Waren auf Kredit verkauft hat und er bis zur Bezahlung weiter produzieren will. Das flüssige Kapital nimmt ununterbrochen zu, und seine Besitzer sind gar nicht imstande, seine Vermehrung durch verzinsliche Anlage zu verbrauchen. Der Kapitalbesitzer ist bereit, dem Unternehmer Geld zur Betriebsausdehnung vorzuschießen, wenn dieser ihm Zinsen gibt — Bankdarlehen — oder zum Mitbesitzer des Unternehmens macht — Hypothek, Aktiengesellschaft. Der Kapitalbesitzer ist ebenso gern bereit, dem kreditgewährenden Unternehmer seine Schuldforderung abzukufen, wenn dieser ihm den Zins vergütet — sogenannte Wechseldiskontierung. Im heutigen Wirtschaftssystem gehört Geld zu jeder Handelsoperation, und ohne eine solche ist eine jede Gütererzeugung im großen unmöglich — die Produktion geschieht für den Warenmarkt und nicht für den Selbstbedarf. Wenn nun in einer Periode hochgespannter industrieller Tätigkeit immer neue Werte angelegt wurden und vor allen Dingen immer neue Waren wechselmäßig beliehen wurden, nicht um zum bezahlenden Konsumenten, sondern um aufs Lager zu wandern, wenn all dies in den letzten Jahren geschah, so mußte der Moment kommen, wo in Banken und Börsenhallen kein flüssiges Geld mehr aufzutreiben war. Dieser Zustand trat im Herbst des vorigen Jahres ein, da stieg der Zinsfuß, bei welchem die Banken bereit sind, Schuldforderungen gegen Barzahlung zu übernehmen, so hoch, daß es sich für die meisten Unternehmer verlohnte, den Betrieb aufs Minimum zu reduzieren. Doch die gleiche Geldteuerung setzte den Handelsstand, der die während der guten Geschäftszeit angesammelten Mehrprodukte auf Lager hatte und das Geld dazu geliehen hatte, vor die Notwendigkeit, diese um jeden Preis loszuschlagen. Auf die Geldteuerung folgte so zweierlei: erstens eine Einschränkung der Industrien, die von Kredit leben, und zweitens eine Entwertung der Waren durch Massenverschleuderung. Diese Stilllegung eines Teiles der Gewerbe infolge der Geldteuerung traf die Holzarbeiterschaft, soweit sie im Baugewerbe tätig ist. Die Warenentwertung rückte die im Handel befindlichen Bretter in eine niedrigere Preislage und traf die Rentabilität der Sägewerke, die selbstverständlich ihren Betrieb einschränkten. Ebenso wurden von der allgemeinen Warenentwertung durch das Verschleudern der Lager seitens der verschuldeten Kaufmannschaft die Möbelfabriken betroffen. Wenn nun gleichzeitig eine ganze Reihe von Industrien ihre Tätigkeit einschränkten und die Kaufmannschaft durch Loschlagen der Lager in die Lage kommt, ihre Schulden zu bezahlen, sammelt sich das „arbeitslose“ Kapital in den Banken. Da geschieht dasselbe wie bei den arbeitslosen Arbeitskräften — deren Löhne sinken mit dem Moment des übergroßen Angebots, der Arbeitslohn des Kapitals, der Zinsfuß, sinkt mit dem Moment des Geldüberflusses. Der Diskontsatz der deutschen Reichsbank war infolge der Überproduktion und Überproduktion des Wirtschaftslebens im November des vorigen Jahres auf 7½ Prozent gestiegen. — Dieser Zinssatz war so hoch, daß nur wenige Industrien mit ihm rentabel wirtschaften können und nur wenige Händler ihren Kredit halten konnten. Es kam in diesem Winter zu einem starken Rückschlag im Baugewerbe und zur rapiden Verbilligung von Holz- und Fabrikmöbeln. Jetzt ist das Geld wieder billig — der offizielle Reichsbanksatz beträgt 4 Prozent; er ist zwar noch höher als in Frankreich (3 Prozent) und in England (2½ Prozent), die Ursache hierfür liegt aber in der Anzapfung des deutschen Geldmarktes durch die halbbanfrotte Reichsstaffe. Bei diesem niedrigen Zinssatz ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine mäßige Belebung im Baugewerbe vorauszuversetzen; diese Belebung würde der Schicht der Bauhelfer zugute kommen und auch einem Teil der Sägewerke Lohnarbeit verschaffen. Doch ist bei der Prophezeiung einige Vorsicht anzuwenden, da der momentan niedrige Geldstand im Reich die Folge des Einstromens ausländischer Kapitalien ist. Nun kann man bei der Abenteuerpolitik des neuen deutschen Reiches niemals wissen, ob nicht „temperamentvolle“ Handlungen von höchster Stelle das ausländische Kapital kopfscheu machen. Doch dies könnte nur das Tempo der Geldverbilligung einschränken — kommen muß diese, denn das Geld wird bei Einschränkung von Industrie und Handel arbeitslos und wird in verbilligter Form zur Belebung des Baugewerbes beitragen, zumal da eine Wohnungsnot besteht. In der Möbelfabrikerie, besonders in den Fabriken dagegen wird es wohl noch längere Zeit dauern, bis daß eine Erholung eintritt. Gehe nicht die Lager allerorten verbraucht werden, ist an intensivere Neubestellungen kaum zu denken. Obwohl die Preise gesunken sind, zum Teil noch weiter sinken, ist an ein rasches Abfeigen der Vorräte nicht zu denken, denn gerade die Lagerbestände sind meist derartig billige Ware, daß für sie nur die Arbeiterschaft in Betracht kommt, diese aber ist durch den hohen Prozentsatz Arbeitsloser in ihrer Kaufkraft erheblich geschwächt. Es werden folglich auch eine große Anzahl Sägemühlen in nächster Zeit nur schwach beschäftigt sein. Am längsten wird der Regenerationsprozeß in den Exportindustrien, wie die der Spielwaren dauern. Alles, was für den deutschen Inlandsmarkt in Möbeln gesagt wurde, gilt hier in höherem Maße, da es sich um große, schwer abzuführende Warenmassen handelt, die in England, Amerika und Frankreich lagern.

Ein Überblick über den Warenmarkt und der Finanzlage hat uns also ein weiteres Andauern der Krise in der Möbel- und Spielwarenbranche erkennen lassen, während im Baugewerbe eine Besserung vorauszuversetzen ist. Selbstverständlich hängen die lokalen und Branchenbedingungen des Arbeitsmarktes nicht nur von den großen Vorgängen des Weltmarktes ab, sondern werden von wirtschaftlichen Tagesereignissen beeinflusst. Doch die allgemeine Richtung ist die oben gekennzeichnete.

## Die Erfolge der christlichnationalen Arbeiterbewegung.

n. Das Zentrum hat sich bekanntlich lange gestraubt, bis es sich dazu verstand, Arbeitern den Zugang zu den Parlamenten zu öffnen. Im Reichstag war Stöckel der erste und fast drei Jahrzehnte der einzige Arbeiter, der würdig befunden wurde, in der Gesellschaft von ultramontanen Agrariern, Unternehmern, Advokaten und Prälaten Platz zu nehmen. Dabei kam Stöckel noch wider den Willen und unter heftiger Bekämpfung seitens der ultramontanen Größen in den Reichstag. Er wurde als Kandidat der christlichsozialen Arbeiter von Essen, die sich im Jahre 1877 wider den Zentrumsflügel auslehnten, in der Stichwahl mit dem ultramontanen Parteikandidaten gewählt, wobei die Sozialdemokraten zu seinen Gunsten den Ausschlag gaben. Stöckel blieb bis zu seinem Tode (1905) im Reichstag, als einziger Arbeiter in der ultramontanen Fraktion ein lebendiger Zeuge für die großartige „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums, das wohl die Arbeiter als Stimmvieh, aber nicht als gleichberechtigte Glieder im Parlament und Volksleben zu schätzen weiß. Stöckel wurde 1905 durch Giesberts ersetzt, und erst bei der Reichstagswahl 1907 bequeme sich das Zentrum, eine größere Anzahl von Arbeiterkandidaten aufzustellen — vorsichtigerweise die meisten in aussichtslosen Wahlkreisen; fünf dieser Kandidaten kamen durch, einer davon (Wiebeberg) in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokratie. Man kann sich denken, was fünf Arbeiter, die selbstverständlich genügend darauf geprüft sind, daß sie im „bewährten“ Zentrumsgeleise bleiben, in einer Fraktion von 104 Mitgliedern, darunter 99, die auf agrarische, kapitalistische und zünftlerische Interessen verpflichtet sind, auszurichten vermögen.

Im preussischen Landtag blieb das Zentrum bis 1905 ohne einen einzigen Arbeiter in seiner Fraktion. Dann kam der famose Herr Brust hinein, der als „Arbeitervertreter“ seiner Aufgabe so glänzend gerecht wurde, daß ihm aus den eigenen Reihen, von den christlichen Vergleuten, das Vertrauen gekündigt wurde. Bei der jetzigen Landtagswahl in Preußen stellte das Zentrum sechs Arbeiterkandidaten auf, von denen es vier als sicher bezeichnete. Mehr als diese vier wären auch nicht gewählt worden, wenn nicht die Sozialdemokraten in drei Wahlkreisen des Ruhrreviers in der Stichwahl für die Zentrumskandidaten eingetreten wären, wodurch auch die beiden anderen Arbeitervertreter des Zentrums gewählt wurden. So sitzen im preussischen Landtag unter den 104 Mitgliedern der Zentrumsfraktion sechs Arbeiter — von deren Einfluß daselbst gilt, was von den Arbeitervertretern im Reichstagszentrum gesagt worden ist. Nach langem und sehr entschiedenem Drängen hat sich endlich auch das bayerische Zentrum veranlaßt gesehen, einige Arbeiter in seine Fraktion zuzulassen; 3 Arbeiter sitzen dort unter 98 Zentrumsabgeordneten.

Zimmerhin muß bei aller Bescheidenheit, die dem Zentrum auf diesem Gebiet eigen ist, anerkannt werden, daß von ultramontaner Seite wenigstens der Schein gerettet worden ist, daß man den Arbeiter politisch als gleichberechtigt ansehe. Von den übrigen bürgerlichen Parteien ist dagegen auch dieser Schein nicht einmal gewahrt worden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung verlangt bekanntlich — wie ihr schönes Schlagwort lautet — Eingliederung in die bestehende Gesellschaftsordnung auf gleichberechtigter Grundlage. Man versteht darunter erstens die gesetzliche Anerkennung der Organisationen und Bestrebungen der Arbeiter, zweitens die Zulassung der Arbeiter zu den parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Parteien. Mit dieser „Eingliederung“ haben nun die bürgerlichen Parteien, trotz aller Bedenken, guter Gesinnung durch die christlichen Arbeiter, nicht die mindeste Eile. Das mag einmal daran liegen, daß die liberalen und konservativen Parteien bei den Arbeitern, soweit sie politische Forderungen zu stellen wagen, nicht viel zu verlieren haben, daß andererseits der evangelische Teil der christlichnationalen Arbeiterbewegung zu schwach und zu zerfahren ist, um im Sinne der gleichberechtigten „Eingliederung“, auch wenn sie nur auf die Überlassung einiger Parlamentsmandate hinausläuft, wirken zu können. Bezeichnend hierfür ist die Art, wie die evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bei den jüngsten preussischen Landtagswahlen von den dortigen Nationalliberalen behandelt worden sind. Getreulich hatten die evangelischen Arbeitervereine bei den bisherigen Wahlen den „nationalen“ Parteien Heeresfolge geleistet, bis sie endlich einmal auf eine Gegenleistung, die in der Gewährung eines Mandats an einen aus ihrem Kreise bestehen sollte, zu denken wagten. Nach den letzten Reichstagswahlen war ihnen ein solches Mandat für den preussischen Landtag zugesichert worden. Als sie zu gelegener Zeit die Nationalliberalen an ihr Versprechen erinnerten und auf das Mandat von Dortmund-Land Anspruch machten, da wurde ihnen der Bescheid, daß das nationalliberale Wahlkomitee leider keinen geeigneten Kandidaten im Kreise der evangelischen Arbeitervereine hätte finden können. Mit anderen Worten: Die evangelischen Arbeiter waren gut genug, die Kandidaten der Nationalliberalen durchzubringen, aber sie wurden für zu dumm erklärt, auch nur einen einzigen aus ihrer Mitte hervorzubringen, der zur Ausfüllung eines Abgeordnetenmandats geeignet sei. Und wie sehr die evangelischen Arbeitervereine diese Mißachtung verdient haben, zeigt der Umstand, daß sie zwar anfänglich über die nationalliberale Antwort sehr „entsetzt“ taten, bei der Wahl aber doch framm für den „nationalen“ Kandidaten eintraten.

Die Christlichsozialen Stöckerscher Färbung vollführen im industriellen Westen einen großartigen Sturm,



## Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

**Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bitterfeld** (Quilitzsch), **Detmold** (Spellerberg), **Garmisch-Partenkirchen**, **Grünstadt i. Pfalz**, **Hof i. B.**, **Liegnitz**, **Rastenburg** (Wb. Conrad), **Stolp** in Pommern (W. C. Merkel), **Tann an der Rhön**, **Wildbad i. Schwarzwald**, **Zeulenroda** (May) und **Arnheim in Holland** (Munt);  
**Drechsler nach Allendorf a. d. Werra**, **Cüstrin** (Fahn), **Liegnitz** (Wesser);  
**Modelltischlern nach Mannheim** (Brown, Boveri & Co.);  
**Stellmachern und Tischlern nach Gotha** (Waggonfabrik), **Bemgo in Lippe**;  
**Korbmachern nach Düben**, **Eisleben**, **Grimma** (Tretbar), **Hamburg**, **Lübeck** (Mühlert), **München-Glenhausen** (Sauer), **Wulsdorf**;  
**Werstattearbeitern nach Lauenburg a. S.**;  
**Sägern nach Allach bei München** (Kirch & Söhne);  
**Risfenmachern nach Bünde i. Westfalen** (Althage & Gerbrechtsmeier);  
**Knopfmachern nach Gardelegen**;  
**Stuhlmachern, Tischlern und Polierern nach Schmalungen a. d. Werra** (Seller & Komp.);  
**Bürstenmachern nach Bad Nibling**, **Rosenheim**;  
**Rohrarbeitern nach Bremen** (Mente und Schulz);  
**Vergolder nach Magdeburg** (Grühl), **Eipto-Malusina** in Ungarn.

raisonieren mächtig gegen die Nationalliberalen und tun, als ob sie die gesamte nicht sozialdemokratische Arbeiterschaft hinter sich hätten. Aber ihr Einfluß steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Getöse, das sie verüben. Ihr Liebeswerben bei den Konfessionen und Nationalliberalen um Überlassung von Mandaten an die christlichsozialen Arbeitersekretäre ist bisher mit grenzenloser Nichtachtung aufgenommen worden. Der famose Herr Behrens, der als einziger evangelischer Arbeiter im Reichstag sitzt, verdankt sein Mandat dem Zentrum, das in seinem Wahlkreis Wehlar-Mentenkirchen auf eine Kandidatur verzichtete und Herrn Behrens damit in eine zum Siege führende Stichwahl brachte. Das waren, wenn man dazu noch rechnet den deutschsozialen Herrn Schaaf, den Führer der antisemitischen Handlungsgehilfen, der ebenfalls mit Hilfe des Zentrums in den Reichstag gelangte, die politischen „Erfolge“ der sogenannten christlichnationalen Arbeiterbewegung. Diese Erfolge sind gering genug, und wir bezweifeln, daß sie wesentlich größer werden, da es ein Unbding ist, von den bürgerlichen Parteien zu verlangen, daß sie dem Arbeiterelement in ihren Vertretungen einen Einfluß gewähren, der den bürgerlichen Interessen gefährlich werden könnte. Das Zentrum, das in dieser Beziehung am weitesten geht, hat auch weiter nichts getan, als einem halben Duzend ultramontanen Arbeiterführer zu Parlamentsmandaten zu verhelfen; die also Begnadeten haben natürlich alle Ursache, dem Zentrum dankbar zu sein; sie preisen es als die Partei, die dem Verlangen der Arbeiter nach Gleichberechtigung zu genügen wisse, und die katholischen Arbeiter — bei ihrer Glaubenswilligkeit und Anspruchslosigkeit — glauben ihren Führern, die ihnen von der Volks- und Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums berichten.

Den besten Beweis, wie wenig die christlichen Arbeiter ihr politisches Interesse begriffen haben, bringt ihr tatenloses Verhalten in der preussischen Wahlrechtsfrage, das so weit geht, daß der christlichnationalen Arbeiterkongress in Berlin (1907) es ablehnte, sich für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts auszusprechen. Wenn die christlichen Arbeiter doch etwas mehr von den Unternehmern lernen wollten! Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 28 einen Artikel über die preussischen Landtagswahlen, aus deren Ausfall es schließen zu dürfen glaubt, „daß sich bei den Wählern allmählich die Erkenntnis Bahn bricht, daß die alten Parteiunterscheidungen wesentlich an Wert verloren haben, wogegen es heute in erster Linie darauf ankommt, wie sich die Parteien zur Wahlrechtsfrage stellen. Das Wahlrecht bestimmt in Verbindung mit der Wahlkreiseinteilung über die Verteilung der politischen Macht. Ist diese Verteilung erst einmal vorgenommen worden, dann ergibt sich aus ihr naturgemäß ganz von selbst die Richtung der parlamentarischen Gesetzgebung. Wir sehen, daß im Reichstag, wo das Wahlrecht die politische Macht an die unteren Klassen ausgeliefert hat, alle Gesetze den unteren Klassen Sondervorteile bieten müssen, falls Aussicht auf ihre Annahme vorhanden sein soll. . . . Was man heute von einer politischen Partei verlangen muß, das ist demnach eine klare Stellungnahme zu dem Wahlmodus für den Reichstag, den Einzellandtagen, den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen — kurz, zu dem Wahlmodus für alle aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Körperschaften. Denn aus dieser Stellungnahme erkennt man heute das eigentliche Wesen der politischen Parteien.“

Wie man sieht, haben die Unternehmer die Bedeutung des Wahlrechts für das gesamte politische und sozialpolitische Leben begriffen. Die christlichnationalen Arbeiter aber lehnen mitten im Kampf um die preussische Wahlrechtsfrage ab, auch nur einen Protest gegen die Dreiklassenwahlrecht zu lassen. Da man nicht annehmen kann, daß sie von der Bedeutung des Wahlrechts als Grundlage des sozialpolitischen

Fortschritts nichts wissen, so beweist das nur das eine: daß sie sich scheuen, den bürgerlichen Interessen, deren Bestand an den Geldsackwahlrechten hängt, zu nahe zu treten. Und Leute dieser Art sollen sich nicht wundern, wenn man ihre Forderung, „als gleichberechtigte Glieder in die bestehende Gesellschaftsordnung eingereiht zu werden“, nicht ernst nimmt.

## Vom deutschen Innungswesen.

### II.

(Schluß.)

b. Wie gering das Leben in den Innungen ist, ersieht man daraus, daß im Jahre 1904 von je 1000 Innungen 129 keine Vorstandssitzungen und 29 keine Innungsveranstaltungen abgehalten hatten. Hierbei sind nicht die beschlußunfähigen Vorstandssitzungen und die beschlußunfähigen Innungsveranstaltungen mitgezählt, die auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Innungen zu vollständiger Wirkungslosigkeit gezwungen hatten.

Wie wenig die vorgeschriebene Wirksamkeit wirklich in Erscheinung tritt, ersieht man aus der Angabe, daß bloß bei 308 freien Innungen und bei 124 Zwangsinnungen Schiedsgerichte bestanden, darunter bei 7 freien Innungen und bei 5 Zwangsinnungen der Tischler und bei einigen wenigen Innungen verwandter Gewerbe, so zum Beispiel bei 2 freien Innungen der Drechsler und Tischler, bei 2 Zwangsinnungen der Böttcher, Drechsler, Stellmacher und Tischler, bei 2 freien Innungen der Böttcher, Drechsler und Stellmacher.

Daß die Meisterschaft und die Gesellschäften vielfach nicht übereinstimmen, braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden. In Wirklichkeit kommt die Nichtübereinstimmung viel weniger äußerlich in Erscheinung, als das nach den tatsächlich voneinander abweichenden Verhältnissen erwartet werden sollte. Das ist um deswillen der Fall, weil sich in den allermeisten Gewerben die Gehilfen um das Innungswesen sehr wenig bekümmern und weil andererseits auch die Meisterschaften den Gehilfen sehr wenig Gelegenheit geben, Stellung zu ihren Beschlüssen zu nehmen. Trotzdem wird in der Statistik festgestellt, daß der Gesellensauschuß im Jahre 1904 zu den Beschlüssen der Innungsveranstaltung seine Zustimmung versagte in 6 Fällen, die die Regelung des Lehrlingswesens, in 25, die die Gesellenprüfungen, in 32, die die Beisteuerung von Beiträgen, in 37, die die Übernahme von besonderer Mithewaltung, in einem, der das Unterstützungswesen der Gesellen betraf. In 27 dieser Fälle hat die Aufsichtsbehörde an Stelle der Gehilfen die Zustimmung gegeben, aber doch in der überwiegenden Mehrheit der Fälle trotz sicherer nicht zu großer Arbeiterfreundlichkeit den Standpunkt der Gehilfen für richtig anerkennen müssen. Vielfach fehlen Gesellenausschüsse überhaupt, so im Jahre 1904 bei 293 unter je 1000 norddeutschen Innungen und bei 172 unter je 1000 süddeutschen Innungen.

Bloß bei 703 Innungen Norddeutschlands und bei 49 Innungen Süddeutschlands gab es in Gemeinschaft mit den Gehilfen geschaffene Einrichtungen, die, wenn auch zumeist nicht praktisch, so doch wenigstens nach der Meinung des Gesetzgebers eine Bedeutung für die Gehilfen haben sollten, so bei 615 norddeutschen und bei 40 süddeutschen Innungen Krankenkassen, dann bei 28 norddeutschen und bei 9 süddeutschen Innungen Arbeitsnachweise, bei 79 norddeutschen und bei 4 süddeutschen Innungen Unterstützungsstellen und Herbergen. Man ersieht hieraus, daß die erdrückende Mehrzahl der Innungen für die Gehilfen nichts leistet.

Und für die Aufzucht der Lehrlinge geschieht sehr wenig. Unter je 1000 Lehrlingen besuchten in Norddeutschland 560, in Süddeutschland 628 eine Fortbildungsschule, und noch weit weniger eine Fachschule. Bloß 729 Innungen in Norddeutschland und 62 in Süddeutschland hatten Schulen errichtet, die Hälfte dieser bestand aber schon vor Inkrafttreten des Handwerksgesetzes. Die durchschnittliche Dauer der Lehrzeit betrug im Deutschen Reich 3 1/4 Jahre.

In Norddeutschland gab es unter 1000 Innungen bloß 209, in Süddeutschland unter 1000 bloß 217 mit eigenen Arbeitsnachweisen; ein großer Teil derselben bestand aber schon vor Erlass des Handwerksgesetzes, die allermeisten sind Unternehmerarbeitsnachweise, an deren Verwaltung die Gehilfen in keiner Weise beteiligt sind. Ein sehr erheblicher Teil von Arbeitsnachweisen bestand nur auf dem Papier, weil entweder überhaupt nicht um Arbeit angefragt wurde, oder die Arbeitsuchenden während des ganzen Jahres 1904 keine Arbeit nachgewiesen erhielten. Unter je 1000 norddeutschen Arbeitsnachweisen gab es 180, unter je 1000 süddeutschen 113, die während eines ganzen Jahres nicht in Tätigkeit getreten sind. Einzelne Arbeitsnachweise zahlen Reiseunterstützung, aber die bezahlte Summe war im ganzen Deutschen Reich für alle Gewerbe noch nicht 61.000 Mk.

Bloß 112 Innungen hatten eigene Herbergen, von denen aber 41 schon vor dem Handwerksgesetz bestanden, und 54 die Verwaltung der Herberge einem Gastwirt übertragen hatten. Da im ganzen in diesen Herbergen 7454 Nächte verbracht wurden, kann man sich die vollständige Wirkungslosigkeit der Innungen auf dem wichtigen Gebiet des Herbergswesens ausmalen. Die gemeinschaftlichen Herbergen, die tatsächlich von den Innungen verwaltet wurden, sind noch bedeutungsloser als die eigenen Herbergen der Innungen.

Bloß hinsichtlich der Sterbe- und Begräbnis-kassen scheinen die Innungen etwas für ihre Mitglieder zu leisten, alles übrige Unterstützungswesen liegt bei ihnen völlig im argen.

In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Leistungen der Innungen ganz bedeutungslos. In einem Zeitraum von 5 Jahren beteiligten sich bloß 219 Innungen im Deutschen Reich an Submissionen. Ihre Tätigkeit zur Durchführung der Kontrolle der Werkstätten und der Unterkunftsräume der Lehrlinge sind nicht der Rede wert.

Daß die Innungen ihren Mitgliedern nichts bieten können, erkennt man schon aus ihren Beiträgen. 880 Innungen erhoben im Jahre 1904 überhaupt keine Beiträge, 3800 Innungen jährlich pro Mitglied 1 Mk. und weniger. 3141 Innungen erhoben von ihren Mitgliedern einen Jahresbeitrag von 1 bis 3 Mk., 859 Innungen von 3 bis 5 Mk., 678 Innungen von 5 bis 10 Mk., 118 Innungen von mehr als 10 Mk. So kann man ruhig behaupten, daß die Leistungen der Mitglieder an die Innungen erheblich geringer sind wie die niedrigsten Leistungen der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisationen.

Auf 1000 Innungen kamen 48 mit Schulden, 79 ohne Schulden, aber auch ohne Vermögen, 221 mit einem Vermögen von unter 1 Mk. auf den Kopf des Mitglieds, bloß 143 unter je 1000 Innungen hatten ein Vermögen von mehr als 10 Mk. auf den Kopf des Mitglieds, unter diesen waren bloß 22 unter 1000 Innungen überhaupt mit einem Vermögen von mehr als 100 Mk. auf den Kopf des Mitglieds. Der allergrößte Teil des Vermögens der Innungen, fast drei Viertel desselben, bestand in Grundbesitz. Den Besitztiteln von rund 22 1/2 Millionen standen übrigens Schulden in der Höhe von 10 1/2 Millionen gegenüber. Von den 40 Innungen, die über 1000 Mk. Vermögen pro Innungsmitglied besaßen, gehörten 19 der Textilindustrie an, der wohl nicht mehr handwerksmäßigen Betriebsform. 16 waren Fleischerinnungen und bloß 5 waren andere Innungen, von denen keine zu unseren Berufen gehörte.

Von einer Zusammenfassung der Handwerksmeister in den Innungen zu gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieben ist fast nichts festzustellen. Eigentliche Innungsgeschäftsbetriebe waren bis zum Jahre 1904 bloß von 129 Innungen errichtet worden, die meisten von ihnen hatten fast gar keine Bedeutung. Auch die sonstigen Veranstaltungen der Innungen haben für die meisten Innungsmitglieder und noch viel weniger für die Gehilfen Bedeutung.

Die Zahl der für unsere Industrie in Betracht kommenden Innungsmitglieder wird für das Jahr 1904 angegeben: 14 Sägemüller, 41.024 Tischler, 5233 Böttcher, 2194 Korbmacher und Korbflechter, 32 Siebmacher, 2325 Drechsler, 204 Holzbildhauer, 14 Holz- und Spielwarenverfertiger, 7 Stiel- und Rechenmacher, 19 Drechsler und Holzbildhauer, 160 Holz-, Horn- und Metalldrechsler, 3 Drechsler und Stellmacher, 2 Drechsler und Schirmmacher, 32 Kammmacher, 408 Bürsten- und Pinselmacher, 16 Schirmmacher, 227 Musikinstrumentenmacher, die aber zum Teil zur Metallindustrie gehören dürften, 447 Zimmerer und Tischler, 18 Zimmerer, Tischler und Stellmacher, 1 Zimmerer und Mühlenbauer, 4002 Glaser, 21 Willeverhahner, womit wir die in Innungen vereinigten Meister unseres Berufs wohl erschöpft haben. Man ersieht hieraus, daß bloß die Tischler in bedeutender Zahl den Innungen angehören. Die Zahl der Tischlerinnungsmeister wird bloß übertroffen durch die der Schuhmacher, Bäcker und Konditoren, der Schneider und Fleischer. 18 Tischlerzwangsinnungen, das heißt 13,4 Prozent aller Ende des Jahres 1904 bestandenen waren geschlossen worden.

Die Statistik enthält wohl noch einiges Material über Innungsausschüsse, Handwerkskammern, Handwerksinnungsverbände und dergleichen, aber es lohnt wirklich nicht, darauf näher einzugehen, zeigt sich doch die Kläglichkeit und Kleinlichkeit dieser Verhältnisse in noch viel höherem Maße als bei der Darstellung der Leistungen der Innungen.

Sicherlich sind die Innungen, soweit sie überhaupt einen Willen äußern, vor allem erfüllt von dem Triebe, den Arbeitern zu schaden, insbesondere die Gewerkschaften zu hindern in ihrem Bestreben, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Hierüber aber, obgleich es sich da um zweifelhaft um ein wesentliches Moment bei der Darstellung des Innungswesens handelt, gibt die amtliche Statistik keinerlei Auskunft. Hierüber sind aber unsere Kollegen auf das Beste durch die eigenen Kämpfe, durch den ununterbrochenen Streit unterrichtet, den sie mit den Innungen und mit ihren Führern auszufechten haben. —

## Soziales.

### Reform der Arbeiterversicherung.

Wenn auch in den Kreisen der Interessenten der Wunsch nach einer gründlichen Reform der Arbeiterversicherungsgesetze immer dringender wird, so herrscht doch über die Richtung und das Ziel der geforderten Reform nichts weniger als Übereinstimmung. Nun hat sich auch die Reichsregierung mit Reformplänen beschäftigt; aber über ihre Absichten ist etwas Positives nicht bekannt geworden. Dem Krankentassenkongress, der am 11. Mai eröffnet wurde, ließ der Staatssekretär bekanntlich mitteilen, daß er Rassenvertreter zu einer Konferenz einladen würde, wenn die Vorarbeiten für seinen Gesetzentwurf hinreichend weit gediehen seien, um als Unterlage für eine Beratung dienen zu können. Wenige Tage später war jedoch das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ schon in der Lage, mit dem Abdruck von Einzelheiten aus dem angeblich bereits fertiggestellten Entwurf beginnen zu können.

Inzwischen hat am 11. und 12. Juni im Reichsamt des Innern eine Konferenz stattgefunden, an welcher Vertreter der Ärzteschaft, der Betriebs-, Bau-, Innungs- und Ortskrankenkassen sowie Mitglieder der Aufsichtsbehörden für die Rassen



teilnehmen. Bei dieser Konferenz handelte es sich um die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes. Da den Teilnehmern der Besprechung ein Schweigegebot auferlegt wurde, ist über das Ergebnis der Beratung etwas Positives nicht bekannt geworden. Aus den Berichten, die trotzdem in verschiedenen Blättern erschienen sind, läßt sich immerhin so viel feststellen, daß die Ärzte mit ihrem Verlangen, die freie Arztwahl in das Krankenversicherungsgesetz als zwingende Vorschrift aufzunehmen, nicht durchgedrungen sind. Entgegen der erwähnten Veröffentlichungen im „Zentralblatt für das Baugewerbe“, nach welchen der Gesetzesentwurf auf dem Gebiet der Krankenversicherung die größtmögliche Zentralisierung anstrebt, soll bei den Beratungen von der Zentralisation der Ortskrankenkassen keine Rede gewesen sein, und ebensowenig von einer Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mk.

Nunmehr hat auch der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg selbst zu den Veröffentlichungen des „Zentralblatt“ Stellung genommen und sie insofern als falsch bezeichnet, als die in Frage kommenden Pläne noch gar keine feste Gestalt angenommen hätten. Es war auf dem Berufs-genossenschaftstag zu Kiel am 15. Juni, den der Staatssekretär mit seinem Besuch besuchte. Auf dem Krankenkassentag zu erscheinen, der zum großen Teil von Arbeitern besetzt war, dünkte ihm nicht angemessen, jene Versammlung war ihm wohl zu plebejisch. Auf dem Berufs-genossenschaftstag braucht der Regierungsvertreter nicht zu beschränken, in unerwünschte Verführung mit Arbeitern zu kommen. Der Staatssekretär mochte auch sein persönliches Erscheinen in Kiel um so mehr für geboten erachtet haben, als hier hochmögende Vertreter von Unternehmerinteressen zusammen waren, deren Wohlwollen zu erhalten ihm wichtiger erscheint als die Erwerbung des Vertrauens der Arbeiter.

Die Vertreter der Berufs-genossenschaften fühlen sich beunruhigt, weil nach den mehrerwähnten Veröffentlichungen die Rechte der Berufs-genossenschaften in bezug auf die Festsetzung der Renten eingeschränkt werden sollen. Der Staatssekretär gab sich deshalb große Mühe, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Er sang das hohe Lied von der Tätigkeit der Berufs-genossenschaften, deren Wirken er hohe Anerkennung zollte. Er konnte das um so leichter, als er noch nie Gelegenheit hatte, als Verlester mit den Berufs-genossenschaften in nähere Berührung zu kommen. Bekanntlich ist das Urteil der Arbeiter, welche in die Lage kamen, auch die Rehrseite der Medaille kennen zu lernen, ganz anders. Obwohl Herr v. Bethmann-Hollweg der Hoffnung Ausdruck gab, daß bei der in Aussicht genommenen Reform ein Zusammenwirken mit den Berufs-genossenschaften zum allgemeinen Wohle führen werde, war er doch nicht imstande, das Mißtrauen ganz zu zerstreuen; die Berufs-genossenschaften beharrten auf der Forderung, daß ihnen der Entwurf zur Begutachtung vorgelegt werde, ehe er dem Bundesrat zugeht. Diesem Verlangen wird der Staatssekretär nun wohl Rechnung tragen müssen, und zweifellos wird er sich bemühen, den von dieser Seite ausgehenden Wünschen entgegenzukommen. Je mehr das geschieht, desto mißtrauischer werden die Arbeiter dem Reformwerk gegenüberstehen müssen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt seinen fünften Genossenschaftstag unter Teilnahme von mehr als 500 Delegierten vom 22. bis 24. Juni in Jena. Dem Bericht des Sekretärs ist zu entnehmen, daß die Konsumvereinebewegung auch im verflossenen Jahre eine erfreuliche Entwicklung genommen hat; die Mitgliederzahl hat sich um über 120 000 gehoben. Im Jahre 1902 umfaßte der Zentralverein 585 Konsumvereine mit 483 141 Mitgliedern, 13 im Jahre 1907 stieg die Zahl auf 919 Vereine mit 919 211 Mitgliedern. Von den angenommenen Resolutionen ist zu erwähnen die über das Verhältnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, welche auch von dem gleichzeitig tagenden Gewerkschaftskongreß angenommen wurde. In einer anderen Resolution wird entschieden gegen die Unterstellung protestiert, als ob die Konsumvereine sozialdemokratische Organisationen wären. In Konsequenz dieses Protestes erklärt auch der Genossenschaftstag seine Bereitwilligkeit, mit Gewerkschaften und Gewerksvereinen aller Richtungen Tarifverträge abzuschließen; er lehnt es ab, in etwa bestehenden Differenzen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtung Partei zu ergreifen. Weitere Resolutionen betrafen die Organisation des Bank- und Kassensystems und den Ausbau des Versicherungswesens. Auch gegen die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern wurde protestiert; in der hierzu angenommenen Resolution wird darauf hingewiesen, daß die 900 Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes im Jahre 1907 insgesamt 1,8 Millionen Mark Steuern zu zahlen hatten.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag fand die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Nach dem vorgelegten Geschäftsbericht, liegt im Jahre 1907 die Zahl der Gesellschafter auf 489, der Vereine, die bei der Großeinkaufsgesellschaft kauften, auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59 886 220 Mk. oder 13 862 988 Mk. mehr als im Vorjahr. Der Nettogewinn belief sich auf 504 909 Mk. Das eingezahlte Stammkapital betrug Ende 1907 rund 878 000 Mk., am 30. Juni 1908 wird es auf 918 000 Mk. angewachsen sein. Dieses Kapital ist im Jahre 1907 60 mal umgeschlagen worden. Beschlossen wurde, vom Reinertrag 107 405 Mk. als Rückvergütung zu verteilen, 2% auf den Umsatz der Mitglieder, 1% auf den Umsatz der Nichtmitglieder. Die verbleibenden Gelder werden alle den verschiedenen Fonds zugewiesen, dem neuerrichteten Unterstützungsfonds wurden 200 000 Mk. zugewiesen. Aus diesem Fonds sollen Angestellte und Arbeiter der Großeinkaufsgesellschaft oder Angehörige und Arbeiter der ihr angeschlossenen Vereine in solchen Fällen unterstützt werden, in denen die Unterstützung durch die staatliche Versicherung oder die Unterstützungsfonds des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht ausreicht.

Das Stammkapital wurde von 1 000 000 auf 1 500 000 Mk. erhöht und unter anderem beschlossen, daß sich die Gesellschaft auch mit dem gewerkschaftlichen Betrieb von Bankgeschäften zu befassen hat. Die Großeinkaufsgesellschaft wird sich demnach auch zur Bank der Konsumvereine entwickeln. Sie wird in ihrer Bankabteilung die überflüssigen Gelder der einzelnen Genossenschaften verwalten und einen lebhaften Überweisungs- und Scheckverkehr mit den Vereinen unterhalten, wobei ihr die neu zu errichtenden Postcheckstellen gute Dienste leisten werden.

Der Gesetzesentwurf über die Arbeitskammern, welcher von der Reichsregierung im letzten Winter veröffentlicht wurde, war am 3. Juli Gegenstand einer Besprechung im württembergischen Landtag. Veranlaßt war dieselbe durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion nach der Stellung, welche die württembergische Regierung dem Gesetzesentwurf gegenüber einzunehmen gedenkt. Obwohl es der Minister vermied, eine präzise Antwort zu geben, fand doch eine ausgiebige Besprechung statt, welche damit endete, daß die Kammer mit 39 gegen 14 Stimmen erklärte, in dem Entwurf eine geeignete Grundlage zur Schaffung einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft nicht erblickt zu können.

Das Ende des 50 Pfennig-Stückes. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der die 50 Pfennig-Stücke der älteren Geprägform mit der Aufschrift 50 Pfennig vom 1. Oktober 1908 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel gelten und von da ab bis 30. September 1910 nur noch an den Reichs- und Landes-kassen in Zahlung genommen oder umgetauscht werden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den Zahlstellen Ulm und Nienburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 29. Wochenbeitrag für die Woche vom 12. bis 18. Juli fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

2495 W. Jensen, Tischler, geb. 29. 1. 79 zu Dänemark.  
27036 M. Schütz, Tischler, geb. 28. 6. 74 zu Buxbach.  
134046 Jan Koffetz, Tischler, geb. 14. 12. 77 zu Sotacz.  
274732 Heinrich Koffetz, Tischler, geb. 19. 11. 76 zu Fockbeck.  
275259 Ab. Kern, Korbmacher, geb. 4. 8. 88 zu Bachang.  
300981 Erwin Raphael, Tischler, geb. 17. 3. 88 zu Spree.  
366719 Herm. Vogelsang, Stellmacher, geb. 18. 3. 90 zu Altona.  
378793 Otto Peholb, Sticker, geb. 15. 3. 66 zu Schmölz.  
417114 Max Tasche, Tischler, geb. 25. 9. 76 zu Zittau.  
441970 Max Janisch, Tischler, geb. 20. 3. 84 zu Leobschütz.  
Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

### Korrespondenzen.

Bielefeld. (Korlarbeiter.) In unserer letzten Sektionsversammlung gab zunächst Kollege Schred den vollständig erschienenen Mitgliedern bekannt, daß nach seinen Informationen auf dem Verbandstag die Branchenkongressen im Laufe dieses Jahres, voraussichtlich im Herbst stattfinden werde, wenn von Seiten der Kollegen allerorts die dazu nötigen Vorarbeiten erledigt wären. Also, Kollegen, es liegt nun lediglich an euch, indem ihr ungesäumt an die Arbeit geht und der Konferenz die Wege ebnet. Mögen sich deshalb alle Sektionen und Einzelmitglieder, soweit es ihnen aus eigener Kraft nicht möglich ist, unverzüglich an ihre Gewerkschaften respektive an die Zahlstellenverwaltung derjenigen Orte wenden, wo Korlarbeiter beschäftigt sind, mit denen sie selbst aus eigenen Mitteln eine Verbindung eingehen können, damit wir endlich einmal ein einheitliches Bild über die Gesamtlage unserer Branche erhalten. Bei der aufzunehmenden Statistik an den betreffenden Orten ist auf vollständig lückenloses Material zu achten, besonders auf Jugendliche beiderlei Geschlechts und deren Beschäftigung an Maschinen usw. Auch über die Anzahl der in anderen Verbänden organisierten Kollegen sollten wir orientiert sein. So kommt zum Beispiel in Böhme i. O. der christliche Verband, in Granzthal i. Pf. der Fabrikarbeiterverband in Betracht usw. Wir ersuchen, alles Material an die Adresse des neugewählten Obmannes, Kollegen O. Wauz, Bach 38 einzusenden. Das Material wird hier gesichtet und bearbeitet und dann dem Hauptvorstand unterbreitet, damit es, soweit als zweckdienlich, noch vor der Konferenz veröffentlicht werden kann. Wir werden uns, soweit das noch nicht geschehen, an alle Sektionsleitungen schriftlich wenden, desgleichen an die Gewerkschaften in Danzig, Erfurt, München, Stuttgart und Berlin, die in ihrem letzten Ausweis keine organisierten Kollegen aufwiesen, trotzdem an diesen Orten zum Teil zahlreiche Kollegen beschäftigt sind. Wenn nun verschiedene Kollegen, die mit der Abhaltung der Konferenz zu Pfingsten bestimmt gerechnet haben, sich etwas enttäuscht fühlen, so mögen sie nicht gleich mißmutig werden und die Schuld anderen Instanzen aufhängen, denn die Abhaltung der Konferenz ohne die nötigen gründlichen Vorarbeiten wäre ein Schlag ins Wasser gewesen.

Guxhaven. Viele gemeinsame Interessen verbinden die Korbmacher im Gau Hamburg, besonders die Grünforbmacher. Das Absatzgebiet für die Arbeit ist oft das gleiche. Dadurch entsteht denn auch das Bestreben, möglichst gleiche Löhne zu erzielen. Ebenso versuchen die Unternehmer, sich eine Organisation zu geben, welche sich auf alle, auch für uns in Betracht kommenden Orte erstrecken soll. Und außerdem haben wir alle einen gemeinsamen Feind, das ist die Gleichgültigkeit unserer Kollegen in der Gegend von Hinte und Lippe. Von dort wird eine Menge sehr billige Ware geliefert. Schließlich sind auch in unserem Gau, trotzdem wir 80 Prozent aller im Verband organisierten Korbmacher ausmachen, noch Kollegen zu organisieren. Wozu denn nun immer ein reger schriftlicher Verkehr zwischen den verschiedenen Zahlstellen und Sektionen stattfand, stellte sich doch das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Aussprache ein. Es fanden sich deshalb am 21. Juni neun Vertreter der

Orte Hamburg, Glückstadt, Geesthacht, Sellstedt, Gtebrügge und Wulsdorf in Guxhaven zusammen, um zu beraten, in welcher Weise die Interessen der Berufs-kollegen am besten zu wahren sind. Der hinterer Konkurrenz gegenüber, welche gefährlich für uns ist, ist man allgemein der Meinung, daß hier nur stetige Agitation für den Verband nützen könne. Zu diesem Zwecke und weil es dort an geeigneten Kräften fehle, sei es nötig, auswärtige Kollegen dort anzusiedeln. Dauernden Erfolg verspricht man sich aber nur von verheirateten Kollegen. Die Schaffung eines einheitlichen Lohnziffern hält man für sehr wünschenswert, er soll angestrebt werden. Die Kollegen geben sich aber keinen großen Hoffnungen hin, daß er sehr bald kommen werde. Großes Interesse brachten alle Anwesenden der Agitation entgegen. Wegen des Bedarfs an viel Platz, den Weiden- und Warendvorrat erfordern, liegen unsere Arbeitsplätze verstreut auf den Dörfern. Oft bilden erst mehr wie fünf Orte eine Verbandszahlstelle. Dadurch ist die Agitation sehr erschwert. Es ist nicht möglich, dafür immer die Gauvorsitzer heranzuziehen. Das meiste muß durch Hausagitation geschehen. Die Eigenarten des Gewerbes gebieten außerdem meist Agitation von Berufs-kollegen. Die Frage war nun, in welchen Orten und Bezirken die einzelnen Zahlstellen und Sektionen besonders agitierten sollen. Allerdings nur im Einverständnis mit den Gauvorsitzern. Nach der Einteilung der einzelnen Orte wählte man alsdann den Kollegen Freudenthal-Hamburg als Obmann, weil man glaubte, daß eine Zentrale vorhanden sein müsse, wenn dauernd auf Erfolg gerechnet werden wolle. Allgemein war man der Meinung, daß derartige Zusammenkünfte viel Mißverständnisse beseitigten und von Zeit zu Zeit ein Bedürfnis seien. Bedauert wurde, daß durch Veranlassung des Gauvorsitzers Neumann der Bremer Kollege am Erscheinen verhindert wurde.

Eisenach. Unsere Stadt gehört zu denen, welche in diesem Jahre Verträge mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen haben. Es hatte zwar bei den Meistern schwer gehalten, den Vertrag zu unterzeichnen, und ihre Organisation hat jetzt darunter zu leiden, indem schon mehrere der Mitglieder abgefallen sind; wahrscheinlich denken sich diese Herren, daß sie ohne Vertrag billigere Kräfte sich halten können, dafür werden unsere Kollegen schon sorgen. Was nun die Lage im allgemeinen anbelangt, so haben wir eine so schlechte Zeit schon lange nicht mitgemacht; das ganze Baugewerbe liegt daneben. Diese schlechte Zeit wird von den Unternehmern bis aufs Äußerste ausgenutzt; vor allem streben sie nach billigeren Arbeitskräften, so auch Herr Maurermeister Stein, Besitzer der Eisenacher Zementfabrik. Hier wurde schon vor Ablauf des alten Vertrags angekündigt, daß die Preise auf keinen Fall weiterbezahlt werden können, und wurde den Kollegen zugemutet, billiger zu arbeiten, als es der Vertrag forderte. Das wurde von uns selbstverständlich zurückgewiesen, worauf von Seiten der Firma so langsam aufgeräumt und zirka 22 Mann wegen Mangel an Arbeit entlassen wurden. Da die noch stehenden 10 bis 15 Mann fest blieben, wurde auch diesen die Kündigung zuteil. Dabei hatten die Kollegen ein ganzes Vierteljahr vorher mit Überstunden bis 8 Uhr abends gearbeitet, um dem Geschäft zu ermöglichen, die eingegangenen Lieferzeiten einzuhalten. Leider haben es einige Tischler nicht verstanden können, sich an diese Firma zu wenden, um auch wirklich dort anzufangen. Es handelt sich um drei ledige Tischler, die es fertig brachten, den verheirateten Kollegen in den Rücken zu fallen. Ein weiteres Schmerzenskind ist die hiesige Fahrzeugfabrik. Wie es hier zugeht, spottet jeder Beschreibung. Überstunden, wie es der Herr Meister fordert, mittags durch, abends bis 8, 9 und 10 Uhr, und da darf sich keiner mucken, sonst fliegt er. Die Folge davon ist, daß es zugeht wie im Taubenschlag. Kollegen, überlaßt nicht den Betrieb, sondern befragt euch erst bei der Verwaltung. Leider ist die Einigkeit unter den Tischlern, Stellmachern, Modelstischlern und Maschinenarbeitern nicht so, wie es unter Kollegen sein soll. In der Eisenacher Maschinenfabrik hier geht es noch viel toller zu. Nur einiges sei hier angeführt. Der Betrieb der Arbeitsmaschinen (mit Ausnahme von einem Teil) für die Flug- und nur vom Maschinenbau aus verlangt, daß die Arbeiter in den Maschinenfabriken schlafen und vorkommen, ist leicht denkbar. Wir haben den Gewerbeinspektor gebeten, den Betrieb in Augenschein zu nehmen, was auch geschehen ist, wobei noch einige Mißstände mehr herausgefunden sind, als wir berichtet hatten, und wird nun in nächster Zeit hier einmal gründlich aufgeräumt werden. Besteht doch noch die Einrichtung, daß Frauen, Mädchen und Männer im gleichen Raume ihre Arbeitskleider wechseln, und die Aborteverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Der Herr Gewerbeinspektor hat hier ein arbeitsreiches Feld gefunden. Zu wiederholten Malen wurden Werkstattversammlungen abgehalten, aber nur ein kleiner Teil blieb dem Verband treu. Aus vorstehendem können die Kollegen einermäßen sehen, wie traurig die Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind, und daß es nicht empfehlenswert ist, hier in Arbeit zu treten. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu: Wachtet auf, erkennt eure Lage, meidet den Klimbim, besucht regelmäßig unsere Versammlungen, nur dann kann es hier auch einmal besser werden!

Eppendorf. Die gegenwärtige Krise macht sich auch in den hiesigen Arbeiterkreisen sehr bemerkbar. Nicht nur, daß durch verkürzte Arbeitszeit und durch Zuteilung ungenügender Arbeit den Beschäftigten erheblicher Lohnausfall entsteht, die hiesigen Arbeitgeber benötigen den schlechten Geschäftsgang auch, um von den ohnehin schon schlechten Löhnen noch Abzüge zu machen. Bei der Firma Richter & Wittich ist dies schon wiederholt vorgekommen. Am skrupellosesten verfährt aber wohl der Herr Paul Leonhard. Durch verlockende Inserate in den verschiedensten Zeitungen — denen leider eine große Anzahl Arbeiter aller Genden, darunter auch einige aus Galleien, zum Opfer gefallen sind — sucht dieser „Brotherr“ seinen Betrieb zu überfüllen. Fortwährend reisen fremde Kollegen zu, in der Hoffnung, daselbst ihr Glück zu finden, denn es waren ihnen doch durch die Inserate „hohe Löhne“ zugesichert. Wie steht es aber mit den versprochenen „hohen Löhnen“, durch die man die Leute heranzog? Wochenlöhne von 10 bis 12 Mk. bei 63stündiger Arbeitszeit für Verheiratete sind gar nichts Seltenes. 18 bis 20jährige Arbeiter erhalten mitunter Stundenlöhne von 18 Pf. Vor einigen Tagen bemühte sich der Herr Leonhard sowie sein Werkmeister, den Arbeitern eine „Hilfsarbeit“ aufzudrängen, bei welcher höchstens die



Stunde 10 Pf. zu verdienen war. Da diese Arbeit aber von allen in Frage kommenden Arbeitern zurückgewiesen wurde, hat man einen Geimarbeiter damit beglückt. Am liebsten sucht man es den neuen Kollegen zu machen, indem man denselben die Preise immer noch niedriger angibt, als sie bisher gezahlt wurden, um sie zu größerer Intensivität anzuapornen. Und bei diesen Hungerlöhnen müssen die Arbeiter auch noch für den Handwerkszeug aufkommen, und glaubt der Herr Leonhard auch das Recht zu haben, bei Fertigstellung fehlerhafter Fabrikate die Arbeiter schadenerschuldlich zu machen. Kollegen, Kolleginnen, es ist notwendig, hier einmal Halt zu gebieten! Fragt auch, wer hat diese Zustände verschuldet und wie sind sie zu beseitigen? Denkt daran, daß es eine große Organisation für euch gibt, den Deutschen Holzarbeiterverband, durch welche schon Hunderttausende von Kollegen ihre Lebenslage verbessert haben. Darum, Kollegen, aufgerafft, legt ab eure Gleichgültigkeit. Sucht durch Zusammenschluß in der Organisation euch aus diesem tiefen Elend zu befreien.

**Friedland, Bez. Breslau.** Wenn man den Besuch der Mitgliederversammlung betrachtet, könnte man fast zu der Annahme kommen, daß hier die Wünsche der Kollegen erfüllt, alle Bedürfnisse gedeckt sind. Anders jedoch ist es in der Fabrik; da kann nicht genug darüber geschimpft werden, daß für die neuen Artikel nichts gezahlt wird. Zbricht genug ist, wer durch diese Handlungsweise glaubt die Verhältnisse bessern zu können; was für dumme Ausreden muß man nicht anführen, wenn man zum Besuch der Versammlung auffordert; jede Gelegenheit muß herhalten, um das Fernbleiben zu entschuldigen. Merken denn die Kollegen nicht, wie lächerlich sie sich damit machen? Denn wir meinen, daß es gerade jetzt, wo überall die Unternehmer, den schlechten Geschäftsgang vorschubend, Versuche machen, die Löhne zu kürzen, nicht angebracht ist, die Hände in den Schoß zu legen. Den Kollegen, die noch anderen Vereinen angehören, möchten wir raten, ihr Interesse mehr dahin zu wenden, wo sie im Falle der Not auch auf Unterstützung rechnen können. Die Kartellbelegierten seien an dieser Stelle mit daran erinnert, die übernommenen Verpflichtungen auch ernst zu nehmen und den Kartellisierungen beizuwohnen. Auch die Sägewerksarbeiter zu organisieren müssen wir noch einen Versuch machen, und wird es auch gelingen, wenn nur jeder einzelne seine Kräfte daran setzt und mitwirkt. Da hier ein seit Jahresfrist stillstehendes Sägewerk wieder in Betrieb kommt, muß es unsere Hauptaufgabe sein, die dort Beschäftigten der Organisation zuzuführen.

**Lehrte.** Endlich ist es uns wieder gelungen, eine gut besuchte Mitgliederversammlung zusammenzubringen. In derselben wurde unter anderem die Wahl eines Bevollmächtigten vorgenommen und der Kollege Heinrich Lübke zu diesem Posten gewählt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Kollegen nunmehr stets in den Versammlungen erscheinen, damit wir immer auf dem Posten sind, wenn es gilt, unsere Interessen wahrzunehmen.

**Potsdam.** Die Holzarbeiter Potsdams zeigen seit einiger Zeit eine bedauerliche Interesslosigkeit. Die Mitgliederversammlungen werden schlecht besucht, und dasselbe Bild zeigen die Vertrauensmännerversammlungen. Noch trauriger ist es, daß in den größten Werkstätten kein Kollege den Mut hat, den Posten als Vertrauensmann anzunehmen. Die Kollegen zahlen lediglich ihre Beiträge, kümmern sich aber sonst um weiter nichts. Wenn aber in den Werkstätten nicht alles geht, wie es müßte, dann wird über den Verband getobt. Daß es lediglich an der eigenen Schlappheit liegt, sehen die Kollegen nicht ein. Endlich hat nun der Arbeitgeberverband es der Mühe wert gehalten, uns den Vertrag zur Unterschrift zuzuführen; ziemlich ein Vierteljahr nach Fällung des Leipziger Schiedsspruchs. Und wie steht nun der uns überhandte Vertrag aus? Die Herren Arbeitgeber hatten die eble Dreistigkeit, nicht weniger als vier Punkte des Vertrags zu ihren Gunsten umzuändern, mit einem Wort, die geringen Verbesserungen des Leipziger Schiedsspruchs illusorisch zu machen, ja direkte Verschlechterungen hineinzubringen. Dieses Verhalten wirft ein großes Schlaglicht auf die Vertragstreue der Arbeitgeber. Nun, Kollegen Potsdams, macht endlich einmal aus eurer Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit auf, helfe fleißig agitieren, daß auch der letzte Potsdamer Holzarbeiter in unseren Reihen zu finden ist. Besucht die Mitgliederversammlungen regelmäßig, schickt eure Vertrauensleute in die Vertrauensmännerversammlungen; keine Werkstatt darf fehlen. Nur so gelangen wir zum Ziele. Vorwärts, trotz alledem!

**Schwenningen.** In der letzten Nummer der „Eiche“ wird einer hiesigen Tisch-Dunderschen Größe namens Tirof fast eine volle Spalte zur Verfügung gestellt, um seinen Lebenslauf von der Geburt bis zu seiner Landung bei den Tischern zu erzählen. Sehr interessant ist die Geschichte nicht, aber der Mann weiß über den Verband zu schimpfen, und das ist für die „Eiche“ ein willkommenes Stoff. Wir wollen den Tirof nicht der Ehre einer eingehenden Widerlegung würdigen, sondern nur konstatieren, daß er bei der letzten Lohnbewegung hinter dem Rücken der Lohnkommission mit dem Arbeitgeber verhandelte, um sich seinen Platz zu sichern. Nur dem Umstand, daß er schleunigst aus dem Verband austrat, hat er es zu danken, daß seine Entfernung nicht unfreiwillig erfolgte. Solche Elemente kann der Gewerbeverein brauchen, bei uns ist für sie kein Platz.

**Schwenningen.** Obwohl sich auch in den hiesigen Uhrenfabriken ein flauer Geschäftsgang bemerkbar macht und in der Metallbranche die Arbeitslosigkeit schon zu Beginn des Winters hoch stieg, waren die Holzarbeiter bisher immer noch voll beschäftigt. Allerdings wird auch unseren Kollegen die Krise fühlbar gemacht. Das Überangebot von Arbeitskräften, mit dem die Fabrikanten sowohl als die in Arbeit stehenden Kollegen mehr rechnen, als es tatsächlich zu fürchten wäre, übt einen unheilvollen Einfluß auf die Lohnverhältnisse aus. Nur die tüchtigsten Arbeitskräfte können bei dem bestehenden Konkurrenzsystem und den auf raffinierteste „regulierten“ Stück- beziehungsweise Stundenlöhnen auf einen Lohn kommen, auf den jeder Arbeiter Anspruch erheben muß. Minder „begünstigte“ oder in der Uhrenfabrikation erst kürzere Zeit tätige Holzarbeiter wurden in letzter Zeit bei einzelnen Firmen mit Hungerlöhnen entlohnt, die mit Zug und Recht als Hungerlöhne bezeichnet werden müssen. Ob solche Fälle zu den Ausnahmen gehören, muß bezweifelt werden. Tatsache ist, daß sehr viele Arbeiter sich nicht getrauen, ihren wirklichen Arbeitsverdienst anzugeben.

Dazu ist die Behandlung, über die schon in normalen Zeiten manches gesagt werden könnte, gegenwärtig unter aller Kritik. Nur durch das anderwärts wohl selten in diesem Maße anzutreffende Abhängigkeitsverhältnis, welches künftighin noch gehegt wird durch eine beispiellose Gleichgültigkeit des großen Teils der hiesigen Arbeiterschaft jeder Organisation gegenüber, finden Fälle wie sie hier geboten werden, ihre Erklärung. Der Vorwurf der Gleichgültigkeit trifft zum Teil auch unsere Mitglieder. Wie könnte es sonst vor kommen, daß in einem Betrieb, wie Möbelfabrik F. Lauffer, wo doch der größte Teil der Beschäftigten organisiert ist, Zustände einreißten, die den oben geschilderten in keiner Weise nachstehen. Dort sind auch noch spezielle Mißstände anzutreffen, auf die gelegentlich auch die Fabrikinspektion hingewiesen werden muß. Auch bei dieser Firma ist das Konkurrenzsystem, verbunden mit Teilarbeit nun so geblieben, daß Stundenlöhne von über 40 Pf., die vor einem Jahre noch als Durchschnitt gelten konnten, mehr und mehr zu den Seltenheiten gehören. Daß die Firma systematisch auf die Reduzierung der Stundenlöhne bedacht ist, erhellt schon aus der Tatsache, daß bei Neueinstellungen sehr niedere Löhne geboten werden und in verschiedenen Fällen nachher nicht der Lohn bezahlt wurde, der in Aussicht gestellt war. Dies dürfte besonders auswärtige, verheiratete Kollegen zur Notiz nehmen, die sich auf schriftlichem Wege von der Firma Lauffer engagieren lassen. Auf dem Stuttgarter Arbeitsamt soll die Schwenninger Möbelfabrik stets als muster-gültig geschildert werden, versehen uns von dort zugewiesene Kollegen. „Schon viele Arbeiter wären dorthin vermittelt, noch keiner habe sich beschwert!“ Glauben wir! Ein zweites Mal wird sich jeder auf sein eigenes Glück verlassen, eine solche Musterbude zu finden. Auf jeden Fall muß sich ein zureisender Kollege bewußt sein, daß er sich hier nicht in Arbeitsverhältnisse begibt, wie er sie in einer Großstadt gewohnt ist, wie sie dort der Einfluß einer langjährigen Organisationsarbeit geschaffen haben. Hier gilt es für jeden, mit Hand anzulegen, um der Organisation für die Zukunft den Einfluß zu verschaffen, der unbedingt notwendig ist, die hiesigen Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, wie es der Bedeutung des Orts und der hiesigen Holzindustrie angemessen wäre.

**Swinemünde.** Wir warnen alle Kollegen, die Swinemünde als Arbeitsort aufsuchen wollen, nach hier zu kommen. Uns ist der bestehende Tarifvertrag von Seiten der Arbeitgeber gekündigt. Als Grund wurde angegeben, daß er einer Revision bedarf. Wie diese aussehen soll, ist durch die Instruktion einiger Meister herausgekommen. Es soll als Durchschnittsverdienst 35 Pf. pro Stunde angenommen werden. Der Obermeister der hiesigen Innung selbst hat zu einigen unserer Kollegen gesagt, daß es für Verstoß, die bisher 28 Mk. kosteten, in Zukunft nur 20 Mk. geben solle. Was außerdem noch beabsichtigt ist, weiß ja vorläufig nur die Innung und der liebe Gott. Wir wissen nur noch, daß sich die hiesige Innung mit den Innungen in Laffan, Wolgast, Anklam usw. in Verbindung gesetzt hat, damit diese ihnen arbeitswillige Tischler zur Verfügung stellen. Man rechnet auf Mitglieder des Tisch-Dunderschen Gewerbevereins, der ja in ähnlichen Fällen schon den Hausreißer gespielt hat. Nur sind unsere Arbeitgeber nicht davon unterrichtet, daß sich die Vorstände unserer beiden Organisationen verständigt haben, und daß infolgedessen von dem Vorstand des Gewerbevereins die schriftliche Erklärung abgegeben wurde, daß ähnliche Vorgänge, wie beispielsweise in Berlin, nicht wieder vorkommen sollen. Die Verhältnisse sind hier auch keineswegs so günstig, daß eine so bedeutende Verschlechterung des Tarifvertrags gerechtfertigt ist. Der durchschnittliche Lohn beträgt 40 bis 42 Pf. pro Stunde. Gearbeitet wird 10 Stunden. Dabei sind die Lebensverhältnisse enorm teuer. Unverheiratete Leute zahlen pro Woche allein für Logis 3 bis 3,50 Mk. Dabei ist, wenigstens im Sommer während der Badefaison, schwer Logis zu bekommen. Verheirateten kann man schon unter ruhigen Verhältnissen nicht raten, nach hier zu kommen, da hier direkt Wohnungsmangel besteht. Aber trotz der hohen Miete, trotz der hohen Lebensmittelpreise, trotz der enormen Arbeitslosigkeit usw. kommt die hiesige Innung zu dem Beschluß, den Tarif heranzusetzen! Es scheint, als wenn die hiesigen Arbeitgeber dadurch ernüchtert sind, daß sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben, wenigstens die beiden größten Arbeitgeber hier und in Ahlbeck. Wie rigoros und provozierend unsere Arbeitgeber vorgehen, erkennt man daran, daß ein Kollege aus Mangel an Arbeit entlassen wurde, während andere deswegen entlassen werden sollten, weil sie keine Überstunden machen wollten. Am Sonnabend wurde in dem Betrieb des Obermeisters der hiesigen Innung bekanntgemacht, daß vom Montag ab bis auf weiteres nur 8 Stunden täglich gearbeitet wird. Es soll dies wohl ein Mittel sein, uns schon bis zum 1. Oktober, dem Ablauftermin des Vertrags, so weit geschwächt zu haben, daß wir einen längeren Streik nicht mehr vertragen. Daß dies aber nicht geschieht, dafür werden wir unsere ganze Kraft einsetzen. Mit Unorganisierten am Orte haben wir nicht zu rechnen, es sind bis auf 3 alle Mitglieder des Verbandes. Alle Kollegen und Zahlstellen bitten wir aber, vom 1. Juli ab den Zugang nach Swinemünde, Ahlbeck, Geringsdorf, Banfin, Neuhof mit allen Mitteln fernzuhalten.

**Themar. (Korbmacher.)** Auch in Themar macht sich die Geschäftskrise recht unangenehm bemerkbar. In der Korbmacherei stößt der Absatz von Korbwaren schon seit längerer Zeit. Dies benutzte Herr Käder zu einer Lohnreduzierung von etwa 7 Prozent auf geschlagene Arbeit. Da in vielen Orten die Korbmacher noch schlecht organisiert sind und infolgedessen bei niedrigen Löhnen die Unternehmer sehr billig liefern können, so war es uns nicht möglich, den Abzug zurückzuweisen. Den Kollegen in solchen Orten, wo noch zum Teil sehr niedrige Löhne bestehen, möchten wir dringend ans Herz legen, dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation daselbst mehr ausgebaut wird, um mit der Zeit die traurigen Löhne auszubessern, damit nicht die Lage der Korbmacher noch mehr verschlechtert wird als sie ohnehin schon ist. Die Gesellarbeiter in der Korbwaren-Fabrik stehen in ihrer Mehrzahl dem Verband noch fern, jedenfalls glauben sie, daß sie sich dadurch besser stellen. Aber auch bei ihnen wird die Zeit kommen, wo sie bitter bereuen werden, daß sie dem Verband nicht angehören. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch bei ihnen über kurz oder lang Abzüge kommen werden. Sie mögen sich beeilen, bevor es zu spät ist.

ist. — Den auswärtigen Kollegen möchten wir raten, Themar zu meiden und die Firma mit Arbeitsangeboten nicht zu befehligen.

**Schweiz. (Vergolder.)** Vom Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Vergolder der Goldbleichen- und Rahmenfabrik Luginbühl & Co. in St. Gallen sind schon einigemal erfolglos um eine Lohn-erhöhung bei ihrem Fabrikherrn vorstellig geworden, aber immer heißt es, wir bekommen Arbeiter genug, die für den Lohn, den wir zahlen, gerne arbeiten; täglich laufen schriftliche Arbeiterangebote ein, und es sei deshalb den Unzufriedenen freigestellt, den Platz zu räumen. Diese Angebote sollen in der Hauptsache von deutschen und österreichischen Vergoldern herrühren. Um nun den Vergoldern genannter Fabrik den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erleichtern, ersuchen wir die deutschen und österreichischen Vergolder, den Zugang nach St. Gallen soviel wie möglich fernzuhalten.

**Kopenhagen.** Der Vorstand des Kopenhagener Korb-macherverbandes warnt die deutschen Kollegen vor der Reise nach dort und empfiehlt, auch Insuraten gegenüber vorsichtig zu sein, da in Kopenhagen große Arbeitslosigkeit herrscht. Jedenfalls sollte vor der Abreise beim Vorsitzenden der Organisation, Aage Jensen, Kopenhagen N, Rorsgade 13 III, Erkundigungen eingelesen werden.

## Unsere Lohnbewegung.

**In Altmittweida** waren in der Stuhlfabrik von Bista beim gegenwärtigen Vertragsablauf Differenzen entstanden. Zwecksperrung hatte der Unternehmer am 27. Juni der Arbeiterschaft gekündigt. Durch vom Kollegen Gerlikte eingeleitete Verhandlungen wurde jedoch eine Verständigung erzielt. Der bestehende Vertrag wurde bis zum 15. Juli 1909 verlängert und die Kündigung für sämtliche Arbeiter zurückgezogen.

**In Dübén** mußte der Abwehrstreik der Geschos-Korb-macher wegen Ausichtslosigkeit aufgehoben werden. Im Laufe voriger Woche war es den Unternehmern gelungen, verschiedene Kleinmeister von hier und Umgegend zu Haus-reißerdiensten zu überreden. Hierdurch wurden verschiedene Kollegen mangelmütig, und die Folge war die Aufhebung des Streiks. Etwa die Hälfte der Kollegen haben die Unter-nehmer wieder eingestellt. Die ganze Ortsverwaltung und Streikleitung ist noch ausgesperrt. Wir bitten die Kollegen dringend, die Arbeitsangebote an die hiesigen Unternehmer zu unterlassen. Die Sperre bleibt für Dübén bestehen.

**In Gisleben** ist es bei der Firma Busch wegen des Preises für die Geschos-Förbe zu Differenzen gekommen. Dem Herrn erschien der Preis von 8 Mk. für Drillinge zu hoch, und am 20. Juni kündigte er bereits an, daß er nur noch 2,50 Mk. zahle; wenn's nicht paßt, könne gehen. Als die Kollegen ihre Kündigung verlangten, erklärte er sich bereit, für diese Zeit noch 8 Mk. zu zahlen. Nach Ablauf der Kündigung haben die Kollegen geschlossen den Betrieb verlassen. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten. Unser Arbeits-nachweis befindet sich Katharinenstr. 16 a.

**In Grünstadt** dauert der Streik der Schreiner in der Möbelfabrik S. Schumacher unverändert fort. Obwohl der Streik schon die sechste Woche währt, läßt die Firma doch sämtliche Maschinen in Tätigkeit. Die Herren, welche seinerzeit in solch rücksichtsloser Weise ihre alten eingearbeiteten Leute auf die Straße trieben, geben sich immer noch die erdenklichste Mühe, Streikbrecher heranzuziehen, und lassen es sich in dieser Beziehung ein schönes Stück Geld kosten. Am einem Tage der letzten Woche kommandierte der Werkmeister „Lampe“ in Abwesenheit des Chefs sämtliche verfügbaren Kräfte, Maschinenarbeiter und Tagelöhner, zum Bahnhof zum Empfang von Arbeitswilligen, um zu verhindern, daß diese lieben Seelen, wieschon so oft, von den Streikposten mit Beschlag belegt würden. Leider hatte sich nur ein einziger Haus-reißer eingefunden, so daß die Tapferen ihre Enttäuschung in einem gehörigen Quantum Alkohol zu ertränken suchten. Derartige Vorgänge tragen gewiß nicht zur Hebung des Ansehens der Firma Schumacher bei, und die hiesige Einwohnerschaft hat sich auch von Beginn des Streiks an zum größten Teil auf Seiten der Streikenden gestellt.

**In Siegmund** sind bei der Firma Georg Besser, Spezialgeschäft für Tischlereibedarfsartikel, die dort beschäftigten Drechsler entlassen worden, weil sie sich weigerten, um 20 bis 25 Prozent billiger zu arbeiten. Herr Besser, der in einem engen niederen Holzverschlus 4 Drechsler beschäftigte, zahlte schon jetzt nicht viel höhere Preise als seine Konkurrenzfirmen in Neufalz a. O. und Schönbrunn. Bei der Kleinheit seines Betriebs und den äußerst primitiven Einrichtungen war es schon jetzt kaum möglich, auch nur halbwegs angemessene Löhne zu erzielen. Nur durch äußerstes Anspannen aller Kräfte war es einzelnen möglich, einen annehmbaren Lohn zu verdienen. Jetzt will aber dieser Herr die Preise auf die gangbarsten Artikel um 25 Prozent kürzen, um, wie er sagt, konkurrenzfähig bleiben zu können. In Wirklichkeit will Herr Besser — und das hat er bei den fälschlichen Verhandlungen zugegeben — die schlechte Konjunktur ausnutzen, indem er durch Kürzung des Arbeitslohns seine Erzeugnisse so billig auf den Markt werfen kann, daß er außer Konkurrenz steht. Einem derartig streupelosen Gebaren gegenüber muß es Ehrenpflicht der Kollegen sein, den Zugang von Drechslern nach hier fernzuhalten. Herr Besser hat ja bereits in Neufalz und Schönbrunn infiziert und Nichtverwandten den Vorzug gegeben; wir meinen aber, angesichts der oben angeführten Tatsachen kann kein Drechsler, der noch an seinem Gewerbe hängt, sich zum Totengräber des Drechslerhandwerks hergeben. Wir ersuchen daher nochmals, den Zugang streng fernhalten zu wollen.

**In Walsdorf** haben die Korb-fabrikanten trotz des noch bis zum 1. Oktober laufenden Vertrags ihren Arbeitern gekündigt und die Vermittlung des Bauvorstehers abgelehnt. Zugang ist streng fernzuhalten.

## Ausland.

**In Bern** sind die Holzarbeiter seit 24 Wochen ausgesperrt, ohne daß bis jetzt ein Ende dieses Kampfes abzusehen ist. Der Kampf wird durch ein vor kurzem vom Volke angenommenes Streikgesetz, durch Polizei und Gerichte, unseren Kollegen kolossal erschwert. 42 Kollegen mußten schon auf kürzere oder längere Dauer Belanthschaft mit dem Gefängnis machen, ohne daß indes eine Kampfmüdigkeit



eingetreten oder eine größere Zahl zu Streikbrechern geworden wäre, denn nur ein Kollege ist in dieser langen Zeit den Ausgesperrten untreu geworden. Was den Kampf so erschwert, das sind die Elemente, die von auswärts in Bern Arbeit genommen haben, und gerade jetzt wird uns gemeldet, daß der Zuzug von Deutschland ein beträchtlicher sei. Die Berner Meister haben namentlich in Süddeutschland durch Schwindelinserate Arbeitswillige heranzulocken versucht, und ist ihnen dies auch in vielen Fällen gelungen. Wir ermahnen deshalb die deutschen Holzarbeiter dringend, diesen Insaserten keinen Glauben zu schenken, sondern Bern so lange zu meiden, bis von unserer Seite ein Ende dieses Kampfes gemeldet wird.

## Aus der Holzindustrie.

### Aus dem ehrbaren Korbmachergerwerbe.

e. Im Herbst des vorigen Jahres erschien in verschiedenen bürgerlichen Blättern ein Artikel mit der Überschrift: „Ein nicht überfüllter Beruf“. Auf Grund einer Veröffentlichung des Obermeisters der Berliner Korbmachergewerkschaft wurden in diesem Artikel die Eltern und Vormünder aufgefordert, ihre von der Schule entlassenen Söhne und Pflegebefohlenen das Korbmacherhandwerk erlernen zu lassen. Während in allen anderen Gewerben — so hieß es — ein Überfluß an Arbeitskräften vorhanden, sei dies im Korbmacherberuf unbekannt. Löhne und Arbeitszeit seien die gleichen wie in anderen Berufen usw.

Zunächst sei demgegenüber das Folgende festgestellt: Tatsache ist, daß in der Korbmacherei die Lehrlingszählung nicht mehr so blüht wie in den achtziger und neunziger Jahren. Das hat seine natürliche Ursache. Damals kam es nicht selten vor, daß in einer Werkstatt neben einem Gesellen 5 bis 6 Lehrlinge beschäftigt wurden. Während dann in allen anderen Berufen durch die sich kräftig entwickelnde Gewerkschaftsbewegung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert wurden, war dies infolge dieser Zustände in der Korbmacherei nur in ganz geringem Maße möglich. Die Korbmacher blieben rückständig in jeder Beziehung. Die Folgeerscheinung war, daß viele ehemals zünftige Gesellen sich einem anderen Beruf zuwandten. Auf der anderen Seite ließ aber auch der Zustrom an Lehrlingen nach, so daß heute tatsächlich kaum noch der dritte Teil an Lehrlingen gegen früher vorhanden ist. Immerhin ist die Zahl noch mindestens ebenso hoch als in anderen Berufen, und liegt unseres Erachtens noch lange kein Anlaß vor, in der Öffentlichkeit es so hinzustellen, als ob dem Korbmachergerwerbe der erforderliche Nachwuchs fehle. Man möge den Bestrebungen der organisierten Gehilfen mehr Verständnis entgegenbringen, damit würde man zweifellos dem Handwerk mehr dienen als durch die bisherige Taktik. Sobald unsere Kollegen versuchen, die Löhne auf dieselbe Höhe zu bringen, wie sie in anderen Berufen längst üblich sind, dann finden sie sich meistens einem brutalen Unternehmertum gegenüber.

Als ein drastisches Beispiel kann der Streik in Grimma bezeichnet werden. Dem Unternehmer Herrn Tretbar fiel es plötzlich ein, den Preis für Geschloßkörbe von 3 Mk. auf 2,50 Mk. herabzusetzen. Unsere Kollegen lehnten diese Reduzierung ab und traten in den Ausstand. Nun ist ein Schriftstück interessant, das dieser Herr Tretbar an einen Kollegen in Bayern sandte und das folgendermaßen lautet:

Grimma in Sachsen, 23. Juni 1908.

Herrn ..... in .....

Ich zahle Ihnen 50 Pf. für Geschloßkörbestelle aufrechten (Drillinge) und verspreche dauernde Arbeit auf Geschloßkörbe, ebenso zahle ich 1,15 Mk. für Drillinge ausarbeiten, 50 Pf. für Böden machen und 10 Pf. für Böden einbinden und Nachleeren des Korbes. Es ist bei mir dauernde Arbeit auf Geschloßkörbe, und die Bayern erhalten eine eigene besondere Verpflegung ein-geräumt, wenn sie mindestens 20 Mann sind. Ich arbeite hier schon jetzt 12 Korbmacher, die nicht im „Holzarbeiterverband“, also mit Ihnen verträglich sind, ferner arbeiten 15 ungelernete Männer, auch Nicht-verbändler, und 30 Mädchen. Geben Sie sogleich mit nächster Post Antwort, da ich in 3 Tagen sonst annehme. Sie wollen sich nicht verändern. Sie wurden mir von einem schon hier arbeitenden bayerischen Korbmacher empfohlen. Also dauernde Geschloßkorbarbeit würde von mir versprochen. Katholischer Arbeiterverein und evangelischer Arbeiterverein sind hier in der Stadt, ebenso Kirchen und Schulen beider Konfessionen. Natürlich ist niemand genötigt, deshalb in einen Verein zu treten.

Hochachtungsvoll Julius Tretbar.

Zunächst dürfte hinter der angegebenen Zahl der Arbeitswilligen ein großes Fragezeichen am Platze sein. Dann ist aber durch dieses Schreiben von neuem klar gestellt, daß Herr Tretbar am liebsten den katholischen oder evangelischen Arbeiterverein an Stelle des Holzarbeiterverbandes sehen möchte. „Ich lasse mich auf gar nichts ein“, erklärte er bei der ersten Unterhandlung, jedenfalls in der Zuversicht, in kurzer Zeit genügend Korbmacher zu bekommen. Es kam aber anders, und so suchte er ungelernete Arbeiter und Mädchen, obwohl die Militärbehörde ausdrücklich die Bestimmung getroffen hat, daß diese Geschloßkörbe nur von gelernten Korbmachern angefertigt werden dürfen. Schließlich ist charakteristisch, in welcher Art Herr Tretbar seinen bayerischen Korbmachern entgegenkommt. Daß er gerade diesen etwas Besonderes bieten will, läßt die Absicht durchleuchten, einen Stamm billiger und williger Arbeiter heranzuziehen.

Unter solchen Umständen wundern sich dann die Herren Innungsmeister, wenn das Korbmachergerwerbe immer mehr in Miskredit kommt.

Eine Fachschule für die Klavierindustrie dürfte demnächst in Stuttgart errichtet werden. Das württembergische Ministerium des Innern hat bereits die für den Zweck er-

forderlichen Summen in den Etat eingestellt, und an der Bewilligung derselben durch den Landtag ist nicht zu zweifeln. Der Zweck der Schule, welche die einzige ihrer Art in Deutschland sein wird, soll die Heranbildung tüchtiger, in allen Zweigen des Klavierbaues ausgebildeter Ausarbeiter, Stimmer, Vorarbeiter, Werkführer und Werkmeister sein. Als Schullehrer und Hauptlehrer wird ein tüchtiger Fachmann herangezogen werden, dem als zweiter Lehrer ein Meister und außerdem die nötigen ständigen Arbeiter beigegeben werden sollen. Von der Errichtung eines eigenen Schulhauses wird zunächst abgesehen. Die Tätigkeit der Schule ist so gedacht, daß der Staat für die Anstellung und Befolgung der Lehrer sowie für die Beschaffung der Lehrmittel Sorge trägt, während der praktische Betrieb auf Rechnung des Vereins deutscher Pianofortefabrikanten geht, welcher für die erste Einrichtung einen Beitrag von 6000 Mark und weiterhin einen jährlichen Beitrag von 2000 Mk. leistet. Außerdem wird auf einen jährlichen Zuschuß von der Stadt Stuttgart gerechnet.

Die Syndikatsbildung im Holzhandel macht Fortschritte. Wir haben kürzlich nach der „Kölnischen Zeitung“ von der in Bremen erfolgten Gründung eines Schutzverbandes deutscher Holzimporteure berichtet. Dem gegebenen Beispiel sind, wie das genannte Blatt neuerdings berichtet, nunmehr auch die einflussreichsten Häuser des Hamburger Holzhandels, die sich mit dem Vertrieb amerikanischer Erzeugnisse beschäftigen, gefolgt. Die angesehensten Firmen haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, welche eine einheitliche Gestaltung des Handels mit amerikanischen Hölzern, Beseitigung der zahlreich vorhandenen Übelstände, Schlichtung der Streitigkeiten mit den Abladern und den Abnehmern sowie Abnähmung geregelter Preisverhältnisse bezweckt. Mit Rücksicht darauf, daß in Amerika sich vielfach Bestrebungen geltend machen, Syndikate in der Holzindustrie ins Leben zu rufen sowie mit Rücksicht darauf, daß sich verschiedene amerikanische Firmen, wie kürzlich berichtet, bereits zusammengeschlossen haben, gewinnt das Zusammengehen der Hamburger Einfuhrfirmen an Bedeutung.

Holzindustrie Albert Maassen in Ligu. in Duisburg. Nach Blättermeldungen sind die Hauptwerke der Gesellschaft in Duisburg und Remel mit dem 1. Juli 1908 in den Besitz der Firma William Pont in Saandam übergegangen.

## Gewerkschaftliches.

### Wer trägt die Kosten der Maiaussperrungen?

Über dieses Problem sind wiederholt Verhandlungen zwischen den Vertretern der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gepflogen worden, und auch der Gewerkschaftskongreß hat sich mit der Frage beschäftigt, auf welche Seite der bekannte Professor H. Lotmar in Bern in der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ eine überraschende Antwort gibt. Nach einer eingehenden Untersuchung aller in Betracht kommenden Momente vom Standpunkt des Juristen kommt er zu dem Resultat, daß die von der Maiaussperrung betroffenen Arbeiter von ihrem Arbeitgeber Lohn für die Arbeit verlangen können, die sie infolge seiner Aussperrung nicht geleistet haben.

In dem sehr interessanten Aufsatz legt Lotmar dar, daß der Arbeiter, der am 1. Mai feiert, mit seiner Leistung im Sinne des § 284 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verzug gerät, aber nur für diesen einen Tag. Er untersucht nun, welche Rechtsfolgen dieser Verzug hat, und stellt fest, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in dieser Beziehung dreierlei vorsieht. Erstens die Steigerung der Verantwortlichkeit des Schuldners nach § 287, die jedoch hier nicht in Betracht kommt. Eine zweite Folge des Verzugs ist die Berechtigung zur Schadenersatzforderung. Ein Schaden kann dem Unternehmer aus der Verweigerung der Arbeit am 1. Mai zweifelslos erwachsen, und er ist berechtigt, daß er Ersatz zu fordern, insofern er nicht nach § 254 das Seine zur Abwendung und Verringerung des Schadens zu tun unterlassen hat. Wenn er aber der Feier am 1. Mai eine Aussperrung folgen läßt, begibt er sich des Rechtes, Schadenersatz zu fordern, denn er bekundet damit, daß er durch die Arbeitsruhe am 1. Mai keinen oder keinen empfindlichen Schaden erlitten hat. Die Aussperrung nach dem 1. Mai ist eine Schikane, mit welcher lediglich bezweckt wird, den Arbeiter zu schädigen, um ihn für die Maifeier zu strafen und ihn von künftiger Maifeier abzuschrecken. Nach § 226 ist aber die Ausübung eines Rechtes unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen. Der Unternehmer, der seine Arbeiter wegen der Maifeier aussperrt, hat sich demnach des Rechtes begeben, Schadenersatz für die Maifeier zu verlangen.

Drittens kann der Arbeitgeber nach § 326 unter Ablehnung der Erfüllung, Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten. Ohne Fristsetzung kann er das aber nur tun, wenn die Erfüllung des Vertrags infolge des Verzugs für ihn „kein Interesse“ hat. Das trifft aber im vorliegenden Falle nicht zu, denn das Interesse des Unternehmers an der Arbeit ist durch den Ausfall am 1. Mai eher stärker geworden, denn er muß den übernommenen Auftrag doch ausführen, trotzdem am 1. Mai gearbeitet wurde. Deshalb ist der Rücktritt vom Vertrag ohne Fristsetzung nicht angängig. Aber auch mit Fristsetzung ist der Rücktritt nicht wohl ausführbar. Die Frist kann doch nur zu dem Zweck bestimmt werden, um das Versäumte einzubringen. Schreitet aber der Unternehmer zur Aussperrung, so beweist er damit, daß es ihm gar nicht ernsthaft um die Heilung des Verzugs zu tun ist. Wer so handelt, entzagt vielmehr für den Fall, daß die Nachholung innerhalb der Frist nicht erfolgt, den Mitteln des Rücktritts und der Schadenersatzforderung wegen Nichterfüllung.

Mit diesen Bestimmungen sind die Möglichkeiten, welche das Bürgerliche Gesetzbuch dem Unternehmer gibt, gegen die

Maifeier einzuschreiten, erschöpft. Eine Aussperrung läßt sich mit diesem Gesetz nicht begründen.

Ebenso wenig läßt sich das durch die Gewerbeordnung erreichen. Der § 123 Ziffer 3 ist nicht anwendbar, weil sich der Arbeiter, der am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt, nicht beharrlich weigert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Ebenso wenig läßt sich von ihm sagen, daß er die Arbeit verlassen habe; dieser Ausdruck gilt, wie aus dem sonstigen Inhalt der Gewerbeordnung hervorgeht, nur für einen, der die Arbeit verläßt, um nicht wiederkommen. Die sofortige Entlassung auf Grund des § 123 Ziffer 3 ist also unzulässig. Der § 124a gestattet sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses aus „wichtigen Gründen“, wenn das Arbeitsverhältnis auf mindestens vier Wochen, oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigung vereinbart ist. Solche Vereinbarungen kommen selten vor. Wo es der Fall ist, wäre eine sofortige Entlassung wohl zulässig, nicht aber eine Aussperrung, bei welcher das Arbeitsverhältnis nicht gelöst, sondern nur unterbrochen wird. Schließlich könnte noch § 124b in Betracht kommen, der dem Arbeitgeber Anspruch auf Schadenersatz ohne Schadennachweis gibt, wenn der Arbeiter die Arbeit rechtswidrig „verlassen“ hat. Diese Bestimmung kann aber nicht angewendet werden, da, wie bereits erwähnt, es sich bei der Maifeier nicht um ein Verlassen der Arbeit im Sinne der Gewerbeordnung handelt.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß der Unternehmer weder aus der Gewerbeordnung, noch aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein Aussperrungsrecht als Repressalie gegen die Feier des 1. Mai herleiten kann. Anders ist es mit dem Arbeiter, der am 2. Mai ausgesperrt wurde; ihm gibt das Bürgerliche Gesetzbuch ein Recht, Ersatz des erlittenen Schadens vom Unternehmer zu verlangen. Der Unternehmer, der seinen Arbeiter ausgesperrt hat, kommt diesem gegenüber durch das Unterbleiben der Arbeit in Annahmeverzug. Das gibt dem Arbeiter das Recht, auf Grund des § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung zu verlangen, nur muß er sich gewisse, vom Arbeitgeber nachzuweisende Posten darauf anrechnen lassen.

Von dieser Verpflichtung kann sich der Unternehmer nicht dadurch befreien, daß er den Arbeiter entläßt. Denn wenn er entlassen ist, ihn nach Beendigung der Aussperrung wieder einzustellen, wenn er also die Stelle nicht freilassen, sondern nach der Aussperrung wieder besetzen will, und zwar mit dem Ausgesperrten, dann ist die Entlassung ungültig. Um die Rechtsfolge des Annahmeverzugs auszusprechen, müßte die Entlassung ohne die Absicht der Wiederanstellung erfolgen, was sich nicht schon aus der Einhängung der Ausweisungspapiere ergibt.

Auf Grund dieser Darlegungen, die wir hier nur auszugsweise wiedergegeben haben, kommt Lotmar, wie eingangs erwähnt, zu dem Schlusse, daß die Unternehmer die Kosten der Maiaussperrungen zu tragen haben. Und da derartige Forderungen erst zwei Jahre nach Beendigung des Entstellungsjahres verjähren, könnten jetzt noch die Ansprüche aus den Jahren 1906, 1907 und 1908 geltend gemacht werden. Lotmar hofft, daß wenn erst einige Arbeiter den Lohn für die Aussperrungstage vom Unternehmer verlangt und ihnen derselbe vom Gewerbegericht zugesprochen würde, die Maiaussperrungen abnehmen oder gänzlich aufhören würden. Dieser Annahme möchten wir nicht unbedingt beipflichten; wir sind vielmehr der Meinung, daß die Unternehmer im Falle einer Verurteilung für die Folge vorsichtiger zu Werke gehen und bestrebt sein werden, die ihnen unangenehmen Wirkungen der Aussperrungen zu vermeiden, ohne auf diese selbst zu verzichten; immerhin wäre es nicht unangebracht, einmal eine Probe darauf zu machen, wie sich die Gewerbegerichte in der Praxis zu der Frage stellen.

Der Böttcherverband hielt seine Generalversammlung vom 15. bis 19. Juni in Cassel. Der Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiterverband wurde mit 86 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde die Anstellung von drei besoldeten Gauvorstehern. Der Beitrag wurde von 50 auf 60 Pf. erhöht, im übrigen aber keine wesentlichen Statutenänderungen vorgenommen. Das Sterbegeld, welches beim Ableben eines Mitgliedes beziehungsweise seiner Frau gewährt wird, beträgt 50 bzw. 25 Mk. und ist für die Erlangung dieser Unterstützung eine Karenzzeit von 3 respektive 5 Jahren erforderlich. Die Umzugsunterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und beträgt 20 bis 40 Mk. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Die Photographengehilfen hielten ihren Verbandstag am 7. und 8. Juni in Berlin. Der Verband, der im Jahre 1906 noch 561 Mitglieder zählte, ist auf zirka 380 zurückgegangen, da sich die Mitglieder in Dresden, Leipzig und München abgesplittert und eine Sonderorganisation gegründet haben. Vertreter dieser Sonderorganisation waren übrigens auf dem Verbandstag anwesend und erklärten sich mit dem Antrag einverstanden, welcher den Verbandsvorstand beauftragt, Verhandlungen zwecks Wiederversehrung der beiden Organisationen anzubahnen. Der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen war aber die Frage des Anschlusses an den Verband der Lithographen (Senefelderbund). Von dem anwesenden Vorsitzenden des Senefelderbundes wurde der Anschluß im Interesse der Photographengehilfen aufs wärmste empfohlen und hierauf einstimmig beschlossen, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Photographengehilfenverbandes vorzunehmen, die bis zum 1. Oktober vollzogen sein muß. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß der Zusammenschluß mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen wird, wurde von der Beratung der auf eine Änderung der Statuten gerichteten Anträge abgesehen. Falls die Verschmelzung der Organisation abgelehnt wird, soll innerhalb eines Vierteljahres ein neuer Delegiertentag stattfinden.

Der Porzellanarbeiterverband hielt seinen Verbandstag vom 6. bis 12. Juni in Charlottenburg. Es waren zwei



Fragen, die im Vordergrund des Interesses standen, nämlich die Verschmelzung mit den Organisationen der Glasarbeiter und der Lösser und die sogenannte Finanzreform. In der Verschmelzungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Sympathie mit dem Verschmelzungsgeboten ausgesprochen, diese aber für noch nicht spruchreif erklärt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder mehr als seither für die Frage zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Verbände die Grundlage für eine Verständigung zu suchen. — Bei der „Finanzreform“ handelt es sich um die Tatsache, daß der Verband als überbleibsel aus seiner Hirsch-Dunkerschen Vergangenheit das Unterstützungswesen so reichlich ausgebaut hat, daß es an den notwendigen Mitteln zur Erfüllung der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben mangelt. Der Verbandsvorstand erstrebt schon seit längerer Zeit eine Sanierung der Verhältnisse und hat auch dem gegenwärtigen Verbandstag einen Antrag unterbreitet, nach welchem die Beiträge erhöht, die Unterstützungssätze ermäßigt, aber die Bezugszeit für die Unterstützungen verlängert wird. Die in dieser Beziehung gefaßten Beschlüsse bewegen sich in folgender Richtung: An Stelle der seitherigen 6 Beitragsklassen werden 4 Klassen mit einem Beitrag von 15, 30, 45 und 60 Pf. eingeführt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den 4 Klassen 4, 7, 11 und 14 Mark. In der Zuschußklasse betragen die Beiträge 10, 20, 30 und 40 Pf., die Unterstützungssätze 2,50, 5,—, 7,50 und 10 Mk. An Streikunterstützung wird 6, 9, 13 und 16 Mk. sowie 1 Mk. Zuschlag für jedes Kind bezahlt. — Die seitherigen Angehörigen des Verbandes wurden wiedergewählt und die Gehälter in der Weise geregelt, daß rückwirkend seit dem Jahre 1905 die Gehälter der Vorstandsmitglieder um 100 Mk., die der Hilfsarbeiter um 50 Mk. jährlich erhöht werden bis zum Höchstbetrag von 3000 Mk.

Der Schuhmacherverband hielt seine Generalversammlung vom 15. bis 20. Juni in Gotha. Sie beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Verschmelzung der Branchenorganisationen in der Lederindustrie zu einem Industrieverband; beschlossen wurde, hierüber eine Urabstimmung vorzunehmen. Für den Fall, daß die auch in den anderen in Betracht kommenden Verbänden vorzunehmende Urabstimmung das Resultat zeitigt, daß nur eine Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband in Frage kommt, soll hierüber eine besondere Abstimmung vorgenommen werden. Die Beiträge wurden in der Weise erhöht, daß der Beitrag in der ersten Klasse, der nur weibliche Arbeiter und jugendliche Personen unter 16 Jahren angehören können, 25 Pf. beträgt. In der zweiten Klasse beträgt der Beitrag 40 Pf., in der dritten Klasse 55 Pf. Die Wahl zwischen diesen Klassen steht den Mitgliedern frei. Die Streikunterstützung beträgt in der ersten Klasse 90 Pf., nach 12monatiger Mitgliedschaft 1,25 Mk. In der zweiten und dritten Klasse wird im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1,50 Mk., später 2 Mk. pro Tag bezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den drei Klassen 70 Pf., 1 Mk. bzw. 1,50 Mk. pro Tag. Zu erwähnen ist noch, daß sich die Generalversammlung für die weitere Beschickung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ausgesprochen, obwohl einige Redner in der Diskussion die Zweckmäßigkeit dieser Kurse bezweifelt hatten.

Eine Konferenz für das deutsche Baugewerbe tagte vom 30. Juni bis 2. Juli in Berlin. Es handelte sich hierbei um die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten, welche über die Auslegung des vor kurzem gefällten Schiedsspruchs entstanden waren. Hierfür kamen etwa 40 Lohngebiete mit über 100 Orten in Betracht. Fast sämtliche Streitigkeiten wurden durch Schiedssprüche erledigt. Die Parteien erklärten ausdrücklich, daß diese Schiedssprüche endgültig sein sollen, daß sie also weder einer Annahme bedürfen, noch abgelehnt werden können.

Sogar die Christen sind den Patrioten anhängig. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M.-Glabbach) teilt mit, daß der Vorsitzende einer Zählstelle des Christlichen Bauhandwerkerverbandes im Münsterlande Ausficht zu haben glaubte, nach einer vierzehntägigen Militärübung in Mex zum Unteroffizier befördert zu werden. Aber am letzten Übungstage eröffnete ihm sein Hauptmann, daß er ihn nicht befördern könne, weil er laut Befundung des Bürgermeisters seines Ortes „patriotisch unzuverlässig und den Behörden nicht wohlgesinnt sei“. Dem Manne kann, wie das M.-Glabbacher Blatt mitteilt, nichts anderes zur Last gelegt werden, als daß er christlich organisiert ist, er sei also „patriotisch unzuverlässig“, weil er brülicher Leiter eines auf dem Boden christlich-nationaler Gesinnung stehenden Verbandes ist.

Für den Unteroffiziersaspiranten mag das bitter sein, daß sich seine Hoffnung, ein Stellvertreter Gottes auf Erden zu werden, so jäh zerklüftet hat; für die christlichen Gewerkschaften aber ist dieser Vorfall ein Gewinn. Sie können daraus lernen, daß auch der Gebrauch patriotischer Phrasen sie nicht dagegen schützt, „oben“ anhängig zu werden, sobald sie es unternehmen, Arbeiterinteressen zu vertreten.

## Soziale Rechtspflege.

### Das „Gesellenstück“.

□ Unsere Innungsmeister sind bekanntlich recht stolz darauf, daß ihre Lehrlinge erst ein „Gesellenstück“ anzufertigen haben, um ihre Kunst im erlernten Handwerk zu zeigen. Sehr oft tritt aber der Umstand ein, daß die Lehrlinge beendet ist und die „angehenden Gesellen“ erst viel später zur „Gesellenprüfung“ zugelassen werden, das „Gesellenstück“ in fremder Werkstatt anzufertigen haben. Dieser Unfug führte zu einer interessanten Klage am Gewerbegericht zu Siegen. Zwei fröhliche Jungen hatten das „ehrfame Tischlerhandwerk“ bei einem noch „ehrsameren“ Handwerksmeister erlernt. Im April 1907 war ihre Lehrzeit beendet und wurden sie, ohne daß sie sich einer Gesellenprüfung unterzogen hatten, von dem ehrsamem Meister entlassen. Sie traten nun bei anderen Tischlermeistern als Gesellen in Arbeit, wurden aber auf einmal von der Handwerkskammer unter Strafandrohung aufgefordert, sich nachträglich noch „der Gesellenprüfung vor dem Innungsprüfungsausschusse der Tischlerinnung zu unterziehen“. Was tun? Die beiden

Gesellen gaben deshalb ihr Arbeitsverhältnis wieder auf und baten ihren früheren Lehrherrn, ihnen doch zu gestatten, daß sie das ausgegebene Gesellenstück in seiner Werkstatt anzufertigen dürften. Das wurde auch grüßig gestattet, ihnen Material und Werkzeuge hierzu zur Verfügung gestellt. Als der Meister aber das gut gemachte Gesellenstück erhielt und für sein Geschäft verwenden wollte, verlangten die beiden Gesellen Bezahlung der Arbeitszeit in Höhe von je 15 Mk.

Das Gewerbegericht hielt sich jedoch für diese Klage nicht zuständig! Im Urteil heißt es, daß den Klägern nicht vorgeschrieben worden sei, wo sie das Gesellenstück anzufertigen sollten. Meistens verpflichtet sich jedoch der Lehrherr, dem Lehrling die zur Anfertigung der Prüfungsarbeiten erforderliche Zeit zu gewähren, das erforderliche Material und die Werkzeuge zu liefern. Dem Lehrherrn falle dagegen das Eigentum an dem gefertigten Stücke zu. Die Kläger seien aber nicht verpflichtet gewesen, in der Werkstatt des früheren Lehrherrn die Gesellenstücke anzufertigen. Wenn sie dies aber getan haben, so sei dadurch kein Arbeitsverhältnis entstanden. Der Meister habe nur aus Gefälligkeit seinen früheren Lehrlingen gegenüber gehandelt, besondere Vereinbarungen seien jedoch nicht getroffen worden. Auch wegen Überlassung der Materialien sei zwischen den Parteien nichts bestimmt worden. Hier könnte entweder Kauf oder Darlehen vorliegen, wenn die Materialien in das Eigentum der Gesellen übergehen sollten. Diese Möglichkeit sei nicht anzunehmen. „Es liegt vielmehr in Ansehung der Überlassung der Materialien ein Wertvertrag vor, indem die Parteien stillschweigend der Ansicht waren, daß das fertiggestellte Gesellenstück in das Eigentum des Beklagten übergehen soll. Ein Arbeitsvertrag ist beim Fehlen anderweitiger Vereinbarungen schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Anfertigung der Gesellenstücke lediglich im Interesse der Kläger, die solche der Prüfungskommission vorlegen müssen, und weil dem Beklagten gar kein Recht zusteht, den Gang der Herstellung zu leiten und den Klägern in Ansehung der Gesellenstücke Vorschriften zu machen.“ Deshalb sei nicht das Gewerbegericht, sondern das Amtsgericht für diese Klage zuständig!

Lehrlinge werden also aus der Lehre entlassen, ohne daß sie das übliche Gesellenstück angefertigt haben. Man zwingt sie dann unter Strafandrohung dazu, macht sie arbeitslos und behauptet dann, daß diese Anfertigung „im Interesse der jungen Leute“ liegen würde. Der brave Meister behält das Gesellenstück, verkauft es mit Gewinn an seine Kundschaft, und die beiden jungen Leute müssen jetzt das Amtsgericht anrufen, monatelang klagen, bis sie ihre Arbeitszeit bezahlt erhalten. Ist das kein Unfug?!

## Polizeiliches und Gerichtliches.

### Christlicher Terrorismusschwindel.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter und die ihnen gesinnungsverwandten Zentrumsorgane betrachten es als ganz besondere Aufgabe, die freien Gewerkschafter als die wahren Ausbünde von Schlechtigkeit hinzustellen, die kein größeres Vergnügen kennen, als die armen Christen zu terrorisieren. Alles, was auch nur entfernt für den Zweck verwendet werden kann, wird sauber aufgeputzt, als Terrorismusschwindel den gläubigen Lesern vorgesetzt, und wenn gerade nichts Passendes vorliegt, dann wird gottesfürchtig und dreist erfunden.

Nach dieser Methode hat auch der „Pfälzer Bot“, das Reichsbanner-Zentrumorgan, gearbeitet, als er einen Artikel brachte, nach welchem der christliche Wagner Bulang in der Fuchsschen Waggonfabrik am Abend des 28. Februar beim Umkleiden am Kleiderbügel von vier Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes überfallen und schwer mißhandelt wurde. Diese Mißhandlungen waren eingehend beschrieben, so daß der arme Christ in dem Lichte eines Märtyrers erschien. Von 150 Faustschlägen ins Gesicht war sein Blut in die Höhe gespritzt, und zu dem körperlichen Schmerz kam auch noch der grausame Hohn der Peiniger, die ihrem Opfer zuriefen: „Seht ihr das christliche Blut; auf, Messias, zeige deinen Mut.“

Auf Grund dieses Berichtes kam der Staatsanwalt zu der Überzeugung, daß hier ein schweres Verbrechen begangen wurde. Die vier Bösewichter wurden plötzlich von der Arbeit weg verhaftet, weil sie der Staatsanwaltschaft fluchtverdächtig erschienen. Das christliche Blatt gab hierüber in echt christlicher Weise in einem weiteren Artikel seiner Schadenfreude Ausdruck. Der Artikel kam jedoch etwas zu spät, denn die Verhafteten waren, als er erschien, durch die Verwendung unserer Zählstellenverwaltung in Kirchheim bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Am 22. Juni wurde über den Vorgang vor dem Schöffengericht in Heidelberg verhandelt. Diese Verhandlung bedeutet eine schwere Niederlage für das denunziatorische Zentrumsblatt und für den christlichen Holzarbeiterverband, dem der fromme Märtyrer Bulang angehört. Die vier Angeklagten wurden glänzend freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird ausgesprochen, daß durch die eidlichen Zeugenaussagen erwiesen sei, daß der christliche Bulang ohne ersichtlichen Grund den Streit entfachte, indem er aus einem Wagen sprang und den vorübergehenden Schmittke ohrfeigte. Da Schmittke mit mehreren Arbeitern schwere Schienen trug, konnte er sich nicht wehren. Durch Zeugenaussagen geht weiter hervor, daß Bulang dem Schmittke auch während des Nachmittags drohte, und die Drohung, als Schmittke ihn wegen der Ohrfeigen zur Rede stellte, auch ausführte. Von den drei anderen Angeklagten, die dem

schwächlichen Schmittke zu Hilfe eilten, konnte nicht erwiesen werden, daß sie das Recht der Notwehr überschritten hätten. Dieser Terrorismusschwindel ist also als solcher gründlich entlarvt. Das wird aber die braven Christen nicht hindern, weiter in diesem Artikel zu machen.

## Literarisches.

Gertrud Newald, Zähne und Zahnpflege. Heft 16 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Mit 11 Illustrationen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Der Mangel an Verständnis für die Bedeutung guter Zähne und regelmäßiger Zahnpflege für die Gesundheit und Lebensfreude, den wir in Arbeiterkreisen ganz allgemein finden, läßt uns das vorliegende Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek mit besonderer Freude begrüßen und den Wunsch aussprechen, daß es viel gelesen und die darin gegebenen Ratschläge fleißig befolgt werden mögen.

## Adressen der Sektionen.

Zu den in Nummer 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Adressen sind folgende Änderungen gemeldet worden:

Bürstenmacher: Eberfeld, Peter Reimann, Hedwigstr. 12 III; Ravensburg, Johann Kaspar, Heil-Kreuz Nr. 1.

Drehler: Neuhausen, Eberhard Rollen, Nr. 113 J; Schönlanke, Richard Nebel, Karlsruh. 8.

Stellmacher: Döbeln, Bruno Trübenbach, Außere Waldheimerstr. 27; Eberfeld, August Rosan, Charlottenstraße 37.

Modelistischer: Breslau, Willi Nieger, Anderjensestraße 1; Gildesheim, Artur Rottenbach, Steueralstraße 130.

Maschinenarbeiter: Breslau, Adolf Schnabel, Dauschulstr. 9, part.; Eberfeld, Eduard Bühner, Rosenstr. 23.

Klavierarbeiter: Breslau, Gustav Gsela, Königsgräberstr. 14 III; Eberfeld, Christian Eitel, U.-Barmen, Grotestr. 11 I; Leipzig-Plagwitz, W. Grönder, Merseburgerstr. 38 IV.

Polierer: Breslau, Robert Slawny, Ebingstr. 9 III. Korbarbeiter: Breslau, Max Dohr, Brunnensstraße 18, part.

Pantinenmacher: Guxum, Julius Horst, Sebensweg 49.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 8 in Hamburg).

### Einnahme im Juni:

Überschüsse fanden ein: Plagwitz 800 Mk., Raulsruhe 700, Berlin B 600, Erlangen 550, Freiburg i. B. 400, Mühlburg, Hamburg IV je 300, Wilmersdorf 250, Marburg, Mainz, Merseburg, Leipzig I, Lägerdorf, Bitterfeld, Weinheim, Rowawes, Gonsenheim, Spandau, Bockenheim je 200, Rostock 190, Edersteden 180, Leipzig II, Buchau, Nürnberg, Wiberach, Tschöe, Gellbra, Rabenau, Dettlingen je 150, Botnang 140, Königsberg, Rostock, Börsen, Giesleben, Schleswig, Reichen, Giedesheim, Dümmlach, Girsch, Oldesloe, Uetersen, Bergedorf, Burgstädt, Gainshausen, Siegburg, Hamburg I, Neustadt a. d. S., Gerbede, Jserlohn, Jleischburg, Rendsburg, Guben, Pirna, Elban, Elmshorn je 100, Goldlauter, Sülzfeld je 90, Spiegelberg, Quittelsdorf, Freiburg i. Schl. je 80, Fulda, Friesenheim je 70, Bruchköbel 61, 61, Sunnersdorf 60, Rahla 50, Neuhausen 25.

Summa der Überschüsse	10 966,31 Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern	1 976,90 "
Eintrittsgeld von	12,90 "
Zinsen von Kapitalien	4 780,75 "
Sonstige Einnahmen	1 912,40 "
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>19 649,26 Mk.</b>

### Ausgabe im Juni:

Zuschuß erhielten: Berlin G 1200 Mk., Berlin F 1000, Berlin J 800, Berlin A, Berlin E je 600, München II 500, München I 450, Berlin C, Berlin D, Breslau, Frankfurt am Main je 400, Augsburg, Jülich, Pankow, Posen, Schneeweide je 300, Johannegeorgsstadt, Baumgulenweg, Gyllingen je 250, Stolp 220, Giebichenstein, Worms, Ehrenfeld, Gelsenkirchen, Griesheim, Adershof, Ludwigshafen, Gera, Barmen, Hörde, Cassel, Rastel, Frantenal, Al.-Fischer, Bahlershausen, Reindorf, Lindeau, Würzburg I, M.-Glabbach, Gr.-Zimmern je 200, Gröningen 190, Bunsau, Deuben, Gundersheim, Pieschen, Pfungstadt, Bettenhausen, Mühlheim (Aubr), Hornberg, Oppau, Baumgulenweg, Kampertheim, Gethal, Weithofen, Altenstadt, Feilbach, Detmold, Ravensburg je 150, Wallendar, Hohen-Schönbach, Witz, Jüssenhausen, Berghofen, Oberrad, Schönefeld, Brenzlau, Leusch, Rudolfsdorf, Feudenheim, Welschneureuth, Mödelheim, Weisensfeld, Gagen, Rostheim, Dorich, Wandsbeck, Hemelingen, Al.-Krotenburg, Olsch, Wrieg, Soffenheim, Connewitz, Bückeburg, Bremerhaven, Götzen, Wiesbaden, Neuenbürg, Neumühlen, Muthlang, Durlach, Prigwall, Stöcker, Buring, Osterwieck, Kulmbach, Pflaumheim, Wittenjerna je 100, Arnstadt, Minkwitz je 90, Lorchbach, Schleisingen, Waltershausen je 80, Niederbach, Rode je 60, Carlshagen, Cottbus, Böhr, Ziegelhausen, Neu-Ulm, Dorich, Schönan, Schmölz, Neu-Supheim, Witten, Ruit, Grabow je 50 Mk.

Summa der Zuschüsse	21 000,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 571,60 "
Sterbegeld	162,— "
Sonstige Ausgaben	3 871,23 "
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>27 104,83 Mk.</b>

<b>Gesamteinnahme</b>	<b>19 649,26</b>
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>27 104,83</b>
<b>Abnahme des Vermögens</b>	<b>7 455,57 Mk.</b>

### Invalidenfonds.

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1908: Zinsen für 1907 95,26 Mk., Berlin A 100.



